

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 6.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur-

für die Zeit vom 4. bis 10. Februar 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 15. Februar 1916.

Inhalt: Die Sammlungen für Polen, S. 105, 112, 116, 117. — Verbotene Vorträge in Gnesen, S. 105. — Die Bilanz 1915 für die Polen, S. 105. — Bericht der Verbandbank der Erwerbsgenossenschaften für 1915, S. 106. — Generalversammlung der selben Bank, S. 108. — Kritik ihres Berichts, S. 109. — über die Handelsbeziehungen zwischen Preußen und Polen, S. 111. — Anregung zur Gründung eines Verbandes polnischer Schuhmacher, S. 112. — Zu Raumanns Mitteleuropa, S. 113, 115. — Muttersprache, S. 115. — Zum 50. Geburtstag des Priesters Kapiza, S. 115. — Das öffentliche Leben in Polen nach dem Kriege, S. 118. — Die polnischen Flüchtlinge in Rußland, S. 119. — Aus der Geschichte der Selbstverwaltung in Polen, S. 120. — Die Bürgerwehr in Warschau, S. 121. — Der Jahrestag des Januaraufstandes in Warschau, S. 121. — Aufführung früher verbotener Theaterstücke in Warschau, S. 122. — Die polnischen Bischöfe an den Papst, S. 122. — D. P. M. K. und Polenklub, S. 122, 124. — Zur russischen Lösung der Polenfrage von Lempiński, S. 124. — Die polnische Frage in Rußland, S. 125. — Aufhebung des Verbots der polnischen Nationalhymnen in Rußland, S. 126. — Zeitschrift „Naujoji Litwa“, S. 126. — Polnische Zeitungen in Rußland, S. 126. — Dmowski in London, S. 127. — Friedensresolution der Sozialisten in Amerika, S. 127.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 31 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. Februar 1916.

Wieviel ist am 21. November für Polen gesammelt worden?

Das endgültige Ergebnis ist bisher nicht bekannt, da immer noch Spenden von verschiedenen Seiten her einlaufen. Wenn manche Zeitungen dieser Tage berichteten, nach Mitteilungen aus der Schweiz betrügen die Spenden aus ganz Europa etwa 1 200 000 Mk., so beruht diese Nachricht offenbar auf einem Mißverständnis, und sie kann die Spenden aus ganz Europa nicht umfassen. Wir erfahren nämlich, daß man allein aus Deutschland bisher zu Händen des Erzbischofs von Gnesen-Posen 1 500 000 Mark eingesandt hat, darunter aus den Diözesen: Köln 100 000, Breslau 148 000, Münster 95 000, Paderborn 82 902 Mark, und es muß hinzugefügt werden, daß manche Diözesen bisher nicht alle Spenden eingesandt, andere sie direkt nach der Schweiz gerichtet haben. Daraus geht hervor, daß allein die deutschen Diözesen etwa 1 1/2 Millionen Mark gesammelt haben. Für diese Befundung der Opferwilligkeit und für diesen Beweis katholischer Solidarität gebühren aufrichtige Anerkennung und Dankbarkeit.

Aus dem Zensurstück der Nr. 28 des Kurjer Poznański vom 5. Februar.

Anlässlich der Beschlagnahme der Webwaren

befürchten die interessierten Firmen eine große Stockung in ihren Unternehmungen. Manche hiesige Firmen tragen sich aus diesem Grunde, wie wir erfahren, sogar mit der Absicht, einen Teil des Personals zu entlassen. (Von der Zensur gestrichen.)

Aus dem Zensurstück der Nr. 28 des Kurjer Poznański vom 5. Februar. (Gestrichen.)

Die für Gnesen angekündigten Vorträge

und zwar des Geistlichen Professor Krzeszkiewicz über die Dante'sche göttliche Komödie, des Rechtsanwalts Karpinski über die polnische Literatur des XVI. Jahrhunderts, des Rechtsanwalts Dr. Rabski über die

Edukatjonskommission und des Propstes Pradzynski über Reymonts „Bauern“ können nicht stattfinden. Der Veranstalter der Vorträge Rechtsanwalt Karpinski hat nämlich das nachstehende Schreiben erhalten:

II. Armeekorps. Stettin, den 2. Februar 1916.
Stellvertretendes Generalkommando
Abt. Z. Nr. 2729.

An
Herrn Rechtsanwalt Karpinski
Gnesen.

Auf Ihren Antrag von 13. Januar 1916 wird Ihnen mitgeteilt, daß die Genehmigung für die beabsichtigten Vorträge versagt wird. Da die Vorträge ihrem Thema nach nur für gebildete Kreise berechnet sind und diese durchweg die deutsche Sprache beherrschen, liegt keine Veranlassung vor, dieselben in polnischer Sprache zu halten.

Der stellvertretende Kommandierende General.
gez. Freiherr von Vietinghoff
General der Kavallerie à la suite des Kürassier-Regiments „Königin“.

Aus dem Zensurstück
des „Dziennik Poznański“ (Posen) No. 28
vom 5. Februar 1916.

Unsere Bilanz.

Unter diesem Titel veröffentlicht Ignaz Grabowski im „Dziennik Kijowski“ vom 18. Januar folgenden Artikel:

„Das Jahr 1915 hat sich in der Geschichte des polnischen Volkes mit großen, unverlöschlichen Lettern eingezeichnet. Der Kriegsturm zerzauste die Grenzen der Teilgebiete und stürzte alle vorher bestehenden Verhältnisse in dem Grade um, daß es fürs erste schwer ist, sich in der Lage zu orientieren.

Versuchen wir es aber!

Mit schwarzen Lettern hat das alte Jahr eingezeichnet:

Die nationale Vernichtung eines ungeheuren Flächenraums polnischen Lebens in Galizien, eines größeren Teiles des Königreichs sowie polnischen Vermögens auf vielen Gebieten Weißrußlands, Wolhyniens, Litauens und Samogitiens: Wir sind bedeutend ärmer geworden.

Heruntergekommen und in vielen Orten völlig in Verfall geraten ist die Landwirtschaft, die sich in letzter Zeit im Königreich so üppig, fast elementar entwickelt hatte.

In Verfall geraten ist die Industrie, die zwar hinsichtlich der Kapitalien lediglich teilweise, aber hinsichtlich der Arbeitskräfte ganz polnisch war und in der nationalen Bilanz einen großen Posten bildete.

Mindestens eine Million polnischen Volkes haben der Kriegsbrand und der Gang des Krieges aus den Wohnsitzen nach Osten, nach Rußland getrieben. Von dieser Million, wenn es nicht mehr sind, wird das Heimatland die vielen Tausende von Verstorbenen, Ruinierten und auf Nimmerwiedersehen Verlorenen nicht mehr wiedersehen.

(Andererseits werden nach der Besetzung des Königreichs durch die Deutschen Tausende unserer tüchtigen Arbeiter ins Innere Deutschlands in die dortigen Fabriken und Werkstätten ziehen. Auch von ihnen werden viele verloren sein. Auf den Schlachtfeldern in den drei kämpfenden Armeen gehen etwa eine Million Polen, Jünglinge und Männer im kräftigsten Alter, die physische Tüchtigkeit der Nation, zu Grunde, Tausende von Krüppeln und Untauglichen zum Unterhalten hinterlassend.)

In der durch diese Abgänge verursachten Lücke werden sich stärker die Juden niederlassen und, die Zeit ausnutzend, den eigenen Besitzstand verstärken.

Die Niederlage ist ungeheuer. Es gilt, sie ohne Täuschungen festzustellen und sich ohne Umschweife zu sagen, daß es nur bei ernstester nationaler Anstrengung möglich sein wird, dem Sichfestsetzen fremder Elemente auf polnischem Boden vorzubeugen. Die Gefahr verringert sich dadurch, daß auch die Nachbarländer durch den Krieg werden entvölkert werden; aber das trifft nicht auf die Juden zu, die der Krieg prozentual am wenigsten aufreiben wird. Und man muß auch auf eine gewisse biologische Erscheinung aufmerksam machen, auf die gesteigerte Zeugungsfähigkeit, die von Historikern in der Epoche großer geschichtlicher Katastrophen wahrgenommen worden ist. So hat man z. B. im Mittelalter nach Seuchen, welche die Bevölkerung dezimiert hatten, eine ungewöhnlich große Zahl von Zwillingen und sogar von Drillingen festgestellt.

Aber neben den schwarzen Seiten unsrer nationalen Bilanz gibt es auch günstige, ja sogar sehr günstige.

Vor allem das innere Wachsen des Vertrauens und des Glaubens an die eigenen Kräfte. Durch die bloße Macht der kriegerischen Ereignisse wurde ein großer Teil der Nation zur Selbsthilfe auf verschiedenen Gebieten des Gesellschaftslebens berufen. Bei dieser Selbsthilfe erwiesen wir uns als durchaus opfermutige, schnelle und praktische Organisatoren. Die Geschichte der polnischen Selbsthilfe im Königreich im ersten Kriegsjahre und der Ausiedlungsangelegenheit in Rußland im zweiten Jahre hat uns in uns vorhandene Kräfte gezeigt, die wir vergessen hatten, an die wir nicht glaubten. In literarische Betrachtung und in Zukunftsträumereien versunken, von der selbstständigen Ausübung von politisch-sozialen Funktionen ferngehalten, waren wir Invaliden des Lebens mit dem unerträglichen Gefühl dieses Zustandes, ein Empfinden, das wir zu betäuben suchten mittels der Deklamation von Dichtungen unsrer großen Poeten. Aber geschriebene Poesie ist nur der emporragende Turm der nationalen Kirche, nicht deren Fundament, nicht deren Gemäuer. Das Fundament und die Mauern bildet die emsige nationale Arbeit. Die Dichter sind nur die unfehlbaren Ränder der Größe und des Wertes der Nation, nicht die Ärzte ihrer Krankheiten, noch die Heilande des politischen Geschicks. Der Arzt und der Retter — das sind eine gesunde politische Atmosphäre und organisierte Arbeit. Erst

auf dem Schwarzboden der Kultur als auf dem Ergebnis zielbewußter Arbeit erwächst die schöne Blume der Poesie.

Mickiewicz, Slowacki, Krasinski, andere erwachsen aus dem Kapital der Vergangenheit; neue, originelle, mächtige Dichter können aus dem Schwarzboden der wiedergeborenen, aus eigenem Willen lebenden Nation, aus dem Kapital und aus neuer Arbeit erwachsen.

Das ist eins, — und zweitens:

Die in so vielen verschiedenen Farben gemalten Grenzpfähle sind gefallen — nebst der Paßrevision; die Polen aus allen drei Teilgebieten sind mit einander in Berührung getreten; sie erkennen und rufen sich das in Erinnerung, was sie seit nahezu 150 Jahren vergessen hatten. (Zieht man das ganze, von Katharina, Maria Theresia und Friedrich verschlungene Gebiet des Freistaats in Betracht, — so ist das der Anfang des Zusammenwachsens der verwundeten Glieder.) Natürlich muß es Schmerzen und Zwacken geben, aber das ist nun einmal unvermeidlich. Und die Teilung Polens hat bereits drohende Folgen gehabt, und die einer wahren Schule beraubte polnische Nationalität begann sich so zu teilen, wie sich das Gebiet geteilt hatte.

(Schließlich ein drittes Symptom: Seit dem Augenblick, in welchem Rußland die Gefahr der deutschen Kraft und die ihm drohende schreckliche Gefahr empfunden hat, läßt sich die alte politische Gleichung „Europa“ auf keinen Fall aufrechterhalten. Die politische Mathematik muß eine andre Gleichung finden mit Hilfe neuer Größen. Die polnische Sache hat den realen Boden gewonnen, den sie das 19. Jahrhundert hindurch vergebens erwartete. Aus leeren Worten bestehende, kraftlose Sympathien, ja noch mehr, unwürdiges Verwenden der polnischen Sache, des polnischen Blutes zu vergänglichem diplomatischen Konjekturen machten der Berechnung Platz. Unfre Sache hat überall — in Paris, Wien, London, Rom, sogar in Berlin — den toten Punkt überwunden.)

Von uns hängt es ab, daß wir aus dieser europäischen Gleichung als Größe, wenn möglich als die größte — hervorgehen; die Grundlage aber, die Quelle dieser Größe ist das Gefühl der Kraft und der nationalen Tradition, welche die Tragweite des Wurfs vorzeichnet. Nur aus der Tiefe des Gefühls kann die Einmütigkeit im Handeln und die Energie sich ergeben.

So gibt es neben vielen ungünstigen Bilanzpositionen auch solche, welche nicht bloß die Hoffnung, sondern fast die Gewißheit auf ein besseres Morgen verheißen.

(Die eingeklammerten Absätze hat die Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 25 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 1. Februar 1916.

Bericht der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften für das Jahr 1915.

Dem dieser Tage veröffentlichten Bericht des Vorstandes der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften entnehmen wir die nachstehenden wichtigsten Angaben.

Vergleicht man die Umsatz- und Bilanzsummen aus den Jahren 1914 und 1915 — sagt der Bericht — so nehmen wir wahr, daß die Umsatzsummen sich bedeutend vermindert, hingegen die Bilanzsummen noch bedeutender erhöht haben. Beurteilt man auf Grund der Umsatzsummen die Lebensfähigkeit und Rührigkeit einer Bank, so geht aus einem Vergleich der beiden Jahre hervor, daß unsere Bank im letzten Jahre weniger Gelegenheit gehabt hat, ihre Tätigkeit zu entwickeln, als im vergangenen Jahre.

Die Umsatzsummen sind um 87 831 752,20 Mk. kleiner als im Vorjahre. Die Verringerung der Um-

Salzsumme setzt sich hauptsächlich aus folgenden Posten zusammen:

Die Barumsätze verringerten sich um 56 531 349,74 Mark.

Ferner verringerten sich um 34 200 720,34 Mk. die Umsätze auf dem laufenden Konto mit den Genossenschaften und mit Privatpersonen.

Auf den Wechselkonten verringerte sich der Umsatz um 14 032 224,37 Mk.

Ferner verringerten sich die Umsätze im Wechsel-Rediskont einschl. Kontrollkonto um 14 971 778,14 Mk.

Die Umsätze auf dem Effektenkonto gingen im Verhältnis zum Jahre 1914 noch mehr zurück, ungeachtet dessen, daß im vergangenen Jahre die Effektenbewegung eine kleine war — und zwar um 7 304 709,62 Mark.

Auf anderen Konten verringerten sich die Umsätze um 6 911 433,88 Mark.

Die oben aufgezählten Positionen repräsentieren eine Summe von zusammen 133 952 216,09 Mk.

Dagegen vergrößerten sich die Umsätze auf dem Konto „Banken“ um 46 120 463,89 Mk., da die uns auf laufendes Konto zufließenden Einzahlungen — das sogenannte deponierte Geld — von uns in auswärtigen, überwiegend Berliner Banken untergebracht wurden.

Die oben aufgeführten Ziffern erklären somit den allgemeinen Rückgang im Umsatz um 87 831 752,20 Mk.

Die Bilanzsummen sind um 36 006 342,89 Mk. höher als im Jahre 1914, und zwar infolge des Zuflusses von Depositen.

Das Anwachsen der Depositen war ein außerordentliches. Während sie am 31. Dezember 1914 insgesamt 45 080 731,84 Mk. betrugen, erreichten sie am 31. Dezember 1915 die Höhe von 81 218 083,96 Mk., sie sind somit um 80,16 Prozent gestiegen.

Das Anwachsen im Laufe des Jahres war ein beständiges, und es ging niemals zurück, d. h. es gab keine Pause in dem allgemeinen wirtschaftlichen Prozeß, der sich ständig bemerkbar macht in dem Austausch der in der Wirtschaft und in Unternehmungen untergebrachten Kapitalien gegen bares Kapital.

Es ist somit daraus ersichtlich, daß sich bei uns ein allmählicher, aber beständiger und ununterbrochener Prozeß einer allgemeinen wirtschaftlichen Liquidation vollzieht.

Den Überfluß an Bargeld, das uns zuströmte, vermochten wir mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse in Kreditgeschäften zumteil nicht unterzubringen, und zumteil hatten wir hierzu auch keine Gelegenheit, da man bedeutenderen Kredit überhaupt nicht von uns verlangte. In spekulativen Effekengeschäften dürfen wir natürlich Kapitalien nicht unterbringen. Anträge auf langfristige Wechsel-darlehen mit hypothekarischem Unterpfand konnten wir im bedeutenden Maße gleichfalls nicht berücksichtigen, da wir damit rechnen müssen, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges oder auch kurz nachher der ganze Überfluß der bei uns eingezahlten Depositen zurückgezogen werden wird.

Angeichts einer solchen Lage blieb uns kein anderer Weg, als die Unterbringung der Kapitalien in auswärtigen — überwiegend Berliner Großbanken, und in kleinem Umfange von mehreren Millionen Mark auch in kurzfristigen kommunalen Anleihen von Großstädten.

Der Zinsfuß, der für das zu jederzeitiger Verfügung in Berliner Banken untergebrachte Bargeld erhalten wurde, betrug im Jahre 1915 1½ Prozent, und auf dieser Höhe ist der Zinsfuß bis heute geblieben.

Wir brachten zwar einen Teil der uns anvertrauten Kapitalien ebenfalls in Berlin zu einem etwas höheren Zinsfuß auf längeren Termin — zwei bis vier Monate — unter; jedoch hätten wir angesichts dessen, daß wir

unseren Deponenten Zinsen zahlen mußten, infolge des außerordentlichen Zuflusses von Depositen einen bedeutenden Verlust erlitten, wenn wir den Zinsfuß der bei uns eingezahlten Depositen nicht allmählich, aber ständig herabgesetzt hätten.

Was die Kreditgeschäfte betrifft, so können wir nur nochmals wiederholen, daß man einerseits bei uns weniger Anträge auf Darlehen gestellt hat, als in Friedenszeiten, und andererseits konnten wir überwiegend nur solche Anträge berücksichtigen, bei denen wir die Überzeugung hatten, daß die Rückzahlung der vorgestreckten Kapitalien in der verabredeten kurzfristigen Zeit erfolgen werde, d. i., wenn man uns als Unterpfand gute kaufmännische Primawechsel oder Börsenpapiere anbot, die sich nach den Grundsätzen der während des Krieges die Reichsbank vertretenden Kriegsdarlehnskasse zum Lombardieren eignen.

Von unseren Filialen bestanden zu Beginn des Jahres 1915 noch die Bochumer und die Thorner. Angesichts der völligen Stöckung der Geschäfte in den Kreisen unserer rheinisch-westfälischen Kunden und der bedeutenden Verwaltungskosten lösten wir im Februar 1915 vorübergehend für die Kriegszeit unsere Filiale in Bochum mit allen Zahlstellen auf.

Anders verhält sich die Sache mit der Thorner Filiale. Sie hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit in dem westpreussischen Boden tief eingewurzelt, und zwar nicht nur durch die Depositengeschäfte, sondern in bedeutendem Maße auch durch die Kreditgeschäfte. Angesichts dessen beschlossen wir, diese Filiale nicht zu schließen, obwohl wir von vorn herein damit rechneten, daß auch sie Verluste aufweisen würde, wie sie durch die allgemeine Stöckung hervorgerufen werden. Der Abschluß der Rechnungen der Filiale wies im Jahre 1915 4881,57 Mk. Verluste auf.

Die allgemeinen Verwaltungskosten unserer Bank betrugen im Jahre 1915: 44 479,08 Mk. weniger, als im Jahre 1914, ungeachtet dessen, daß die dreimonatlichen Gehälter, die wir den zum Heere einberufenen Beamten zahlten, eine bedeutende Summe ausmachten. Bis zum 31. Dezember 1915 waren 46 unserer Beamten zum Heere einberufen worden.

Das Verwaltungskonto für das Jahr 1914 belief sich ohne Steuern auf 343 276,28 Mk., im Jahre 1915 auf 298 797,20 Mk. oder 44 479,08 Mk. weniger.

Die Steuern im Jahre 1914 betrugen 68 738,88 Mk., dagegen im Jahre 1915: 69 091,38 Mk., d. i. 352,50 Mk. mehr.

Die innere Arbeit der Bank war außerordentlich erschwert infolge der Änderungen, die durch die unablässige Aushebung der Beamten zum Militär entstehen. Wir waren gezwungen, eine Anzahl männlicher Kräfte durch weibliche, junge Kräfte durch ältere, gesunde Leute durch Kranke, die schon aus dem Kriege zurückgekehrt waren, und eingearbeitete Kräfte durch noch ganz ungeübte zu ersetzen.

Das Gewinn- und Verlustkonto bietet kein allzu günstiges Bild mit Rücksicht darauf, daß unsere Einkünfte aus Zinsen von Wechsel-darlehen unserer Schuldner bedeutend zurückgingen, weil, wie bereits oben gesagt, diese Darlehen teilweise abgezahlt wurden und wir neue nicht gewährten.

Unsere Einnahmen aus Zinsen, Provisionen und Dividenden betragen nach Hinzurechnung des Salvos aus dem Jahre 1914 und unter Berücksichtigung der Rückzahlung kleiner Ansprüche insgesamt 3 782 910,85 Mk.

Unsere Ausgaben im Jahre 1915 waren folgende Zinsen und Provisionen 2 638 541,20 Mk. Verwaltungskosten einschließlich Steuern 367 888,58 Mk. Verwaltung unserer Grundstücke, kleine Verluste im Laufe des Jahres und Abschreibungen am Mobiliar: 13 990,47 Mk., Abschreibungen an unseren Grundstücken 43 902,57 Mk.

Wir besitzen vier Grundstücke, und zwar:

1. das Bankgebäude Wilhelmstraße 26,
2. 26 Morgen Land in Glowno,
3. ein Haus auf der Wallischei,
4. das im Jahre 1915 neu erworbene Vorwerk Brzezno im Kreise Dobornik.

Den bisherigen Amortisationsfonds unseres Bankgebäudes in Höhe von 55 000 M. haben wir ausgleichend, indem wir diese Summe aus dem Konto des Grundstücks Wilhelmstr. 26 abschrieben. Außerdem haben wir von diesem Grundstück weitere 5000 M., von dem Wallischeigrundstück 27 836,50 M., von dem Vorwerk Brzezno 11 066,07 M., somit insgesamt von Grundstücken 43 902,57 M. abgeschrieben. Auf das Jahr 1916 übertragen wir 57 490,60 Mark, gleich 3 121 813,42 M. Der Unterschied beträgt somit 661 097,43 M., was schon nach Berücksichtigung der auf das Jahr 1916 übertragenen Summe einer Quote gleichkommt, welche hinreichen würde, um 10 Prozent Dividende zu verteilen und noch eine gewisse Summe den Reserven zu überweisen. In normalen Zeiten könnte man mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Anderst stellt sich die Sache jedoch in den gegenwärtigen Kriegszeiten angesichts des Sinkens des Werts unseres Effekten-Portefeuilles dar. Der Effektenverkauf in der Jetztzeit würde eine Einbuße bedeuten, die in keinem Verhältnis stünde zu dem tatsächlichen oder vermutlichen Sinken des gegebenen Wertpapierses. Darum mußten wir den Verkauf von eigenen Effekten nur auf die seltenen Fälle beschränken, in denen man uns einen Preis bot, der mehr oder weniger dem tatsächlichen Wert der betreffenden Papiere entsprach.

Das Sinken des Werts der Effekten beeinflusst natürlich das Gewinn- und Verlustkonto, da es die Verluste vergrößert. Bei der gegenwärtigen Abschätzung der Börsenwerte konnten wir uns nicht von den Grundsätzen leiten lassen, die durch die gesetzlichen Vorschriften festgelegt sind, welche in Friedenszeiten die Norm zur Abschätzung insoweit bilden, als sie den Börsenkurs vom 31. Dezember als maßgebend vorschreiben. Einen amtlichen Kurs gab es am 31. Dezember 1915 nicht, da die Börse den Effektenkurs in der Kriegszeit amtlich nicht notiert.

Wir mußten somit den Wert eines jeden Papiers besonders einschätzen. Infolge des vom Bundesrat veröffentlichten Verbots, die Kurse von Börsenwerten zur Kenntnis breiterer Kreise der Volksgemeinschaft zu bringen, führen wir hier den von uns in die Bilanz eingesetzten Wert der einzelnen Papiere nicht an. Die Gesamtziffer des Wertrückgangs beträgt leider die ansehnliche Summe von 346 097,43 M. gegenüber dem Wert unserer Effekten am 31. Dezember 1914.

Nach Abrechnung dieser Summe von den vorher angegebenen 661 097,43 M. verbleiben zur weiteren Verteilung 315 000 M., welche der Vorstand in folgender Weise zu verteilen vorschlägt: Dividende 4 Prozent gleich 240 000 M., zur Spezialreserve 51 000 M., an kontraktlicher Lantieme für Aufsichtsrat und Vorstand 24 000 M., zusammen 315 000 M.

Die Zurücklegung der Hälfte der Kriegsgewinne zu einem besonderen Fonds im Sinne des neuen Gesetzes über die Besteuerung des Kriegsgewinnes kommt für unsere Bank nicht in Betracht, da unser Gewinn vor dem Kriege bedeutend höher war, als der während des Krieges erzielte. Die durchschnittliche Gewinnquote vor dem Kriege betrug nämlich nach den gesetzlichen Vorschriften berechnet 521 911 M., während unser Gewinn für 1914: 376 495 M. und für 1915: 315 000 M. beträgt. Wir brauchen somit keine Kriegsreserve zurückzulegen.

Die Summe der Depositen stieg von 45 135 731 M. im Jahre 1914 auf 81 218 082 M. im Jahre 1915.

Aus Nr. 27 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. Februar 1916.

Die Generalversammlung der Aktionäre der Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Heute, am Donnerstag, fand im Sitzungsraale in der Wilhelmstraße 26 in Posen bei ziemlich zahlreicher Beteiligung die Jahreshauptversammlung der Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften statt, die nach 11 Uhr von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kammerherrn Stefan Cegielski, eröffnet wurde. Er hob hervor, daß es sich im vorliegenden Falle gleichzeitig um eine Jubiläumsversammlung handele, weil seit der Gründung der Bank nunmehr 30 Jahre verflossen seien. Es habe sich gezeigt, daß die Bank ein mächtiges Finanzinstitut geworden sei. Der furchtbare Krieg habe auf die Entwicklung der Bank, die nach einem anderen System arbeiten müsse wie alle anderen Banken, einen großen Einfluß ausgeübt hat. Der Zufluß des Geldes sei ein ungeheurer, es gebe aber keine günstige Gelegenheit, es zu lokalisieren. Der Vorstand müsse sehr umsichtig arbeiten; seine gegenwärtige schwierige Aufgabe löse er in vorzüglicher Weise, wofür ihm Anerkennung gezollt werden müsse. Die Institution sei stark, denn sie stütze sich auf gesunde Grundlagen. Mit dem Glauben an die Zukunft eröffne er die Generalversammlung.

Auf Wunsch der versammelten Aktionäre leitete Herr Cegielski die Generalversammlung und gab die Tagesordnung bekannt, die ohne Änderung angenommen wurde.

Herr Direktor Dr. Englich erläuterte in erschöpfender Weise den 30. Geschäftsbericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Bank im Jahre 1915. Der Rechenschaftsbericht wurde gedruckt den Mitgliedern rechtzeitig zugestellt. Wir gaben aus ihm in der Nummer 26 umfangreiche Auszüge und bemerken, daß der allgemeine Umsatz 640 817 526 M. betrug gegenüber 728 649 318 M. im verflossenen Jahre. Die Bilanz weist in Einnahmen und Ausgaben 90 585 977 M. auf. Anlässlich der vorsichtigen Berechnung verringerte sich der Reingewinn im Vergleich zum Jahre 1914 und beträgt 315 000 M. gegenüber 376 595 M. im Jahre 1915. Herr Dr. Englich stellte eingehend und klar die Ursache der schwierigen Lokalisierung der Kapitalien während des Krieges dar, was natürlich einen niedrigen Zinsfuß von den in der Bank niedergelegten Geldern herbeiführt. Herr Cegielski dankte Herrn Direktor Englich für den überaus erschöpfenden Bericht.

Das Aufsichtsratsmitglied Herr Stanislaus Krysiwicz referierte im Namen der Revisionskommission und bemerkte, daß sich die Kasse und die Kassenbücher in musterhafter Ordnung befänden. Geistlicher Adamski erstattete als Kurator der Bank seinen Bericht und erläuterte, warum er diesmal früher fertiggestellt worden sei. Infolge der Einberufung von etwa 50 Beamten zum Heeresdienste habe man vertretungsweise Personal engagiert und zwar vorwiegend weibliches. Der Patron erläuterte und vervollständigte in klarer Weise den Bericht des Vorstandes und machte darauf aufmerksam, daß die Bank nach Friedensschluß darauf vorbereitet sein müsse, sofort 40 Millionen Mark auszuzahlen, weshalb dieses Geld jederzeit zur Verfügung stehen müsse. Angesichts dessen könne von der Gewährung größerer Darlehne keine Rede sein. Am Schlusse seiner Rede begründete der Patron in klarer Weise, weshalb er diesmal den Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates auf Gewährung einer nur 4prozentigen Dividende unterstützt habe.

Herr Cegielski dankte dem Patron für den inhaltvollen und klaren Vortrag.

In der Diskussion über den Bericht des Aufsichtsrates, der Revisionskommission und des Patrons

Adamski nahmen das Wort die Herren: Dr. Jafinski aus Samter, Rechtsanwalt Katakowski aus Posen, Dr. Rzepnikowski aus Löbau, Grabowski aus Zbielki, Dr. Hyla aus Oberschlesien, Kammerherr Cegielski aus Posen, Patron Geistlicher Adamski, Geistlicher Tobola aus Golina.

Auf der Rednerliste waren noch andere Redner vermerkt, sie kamen aber nicht mehr zum Worte, weil die Diskussion auf Antrag des Dr. Hyla geschlossen wurde.

Die Versammlung bestätigte die Bilanz und erteilte dem Vorstände und Aufsichtsrate Entlastung.

Die Dividende beträgt 4 Prozent.

Es folgte nunmehr die Ergänzungswahl dreier Mitglieder des Aufsichtsrates anstelle der zurücktretenden Mitglieder im Sinne des Statuts. Die zurücktretenden Herren Cegielski, Dr. Rzepnikowski und Prälat Dr. Surzynski wurden auf 5 Jahre wiedergewählt.

Es wurde die Genehmigung zur Umschreibung von Aktien auf neue Käufer erteilt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Herr Cegielski schloß die Generalversammlung nach dreistündiger Verhandlung. Zum Schlusse wurde das Protokoll verlesen.

Den Notariatsakt nahm Herr Justizrat Eichowicz auf.

Aus Nr. 29 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Februar 1916.

Einige Bemerkungen zu dem Bericht der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften.

Wir haben uns im preußischen Teilgebiet daran gewöhnt, uns für recht tüchtige Volkswirtschaftler und Finanzleute zu halten. Mit Stolz weisen wir auf unsere Kooperativ-Organisationen, auf die Fortschritte hin, die der Wohlstand bei uns gemacht hat. Anderen Teilgebieten wollen wir uns als gewerblich-kaufmännische Mentoren aufdrängen. Das von Prof. Bernhard gespendete Lob hat bei uns Selbstzufriedenheit hervorgerufen, den gefährlichsten seelischen Zustand, den man sich denken kann, da er jedem Fortschritt hemmend in den Weg tritt. Wenn wir tiefer darüber nachsinnen, was wir hätten schaffen können und sollen und was wir nicht ausgeführt haben, dann müßten wir eine andere Meinung über uns gewinnen. Wesen können wir uns auf den Hauptgebieten der Industrie rühmen, die in unserem Teilgebiet entstanden und sich vorzüglich entwickelt, — um nur die Spiritus-, Zucker-, Mühlen- und Holzindustrie zu erwähnen? Doch handelt es sich jetzt nicht darum, Klagelieder anzustimmen, sondern vielmehr darum, daß wir mit Hilfe einer gesunden und sachlichen Kritik einander die Fehler und Gebrechen zeigen; denn nur auf diese Weise werden wir uns vor dem Einrosten schützen und vorwärtskommen können. Ich bin davon überzeugt, daß eine sachliche Kritik keinem unserer Institute Schaden kann, und darum sollte unsere Presse auf die Berichte unserer Genossenschaften etwas tiefer eingehen.

Beim Durchlesen des Leitartikels in Nr. 24 des „Kurjer Poznański“, betitelt „Die Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften“, empfand ich ein gewisses Unbehagen. Die lobende Melodie, die sich seit einigen Jahren wiederholt, war wieder da. Der Umsatz kleiner, der Gewinn geringer, die Kreditgewährung beschränkter — trotz alledem können wir zufrieden sein. „Leistungsfähigkeit“ und „Rührigkeit“ wird in solchen Lappalien erblickt, wie die schnelle Fertigstellung des Geschäftsberichts. Mit begreiflicher Neugierde machte ich mich an das Durchstudieren des zwei Tage später erhaltenen Berichts, und ich fing, wie der verstorbene Kurator Wawrzyniak auf den Verbands-

tagen zu tun pflegte, von der letzten Seite an, die in den wichtigsten Zahlen einen Überblick über die Entwicklung der Bank seit der Zeit der Gründung bietet. Dort fällt vor allem das geringe Wachstum der Reservefonds in den letzten 4 Jahren auf im Gegensatz zu dem bedeutenden Anwachsen in den vorhergehenden Jahren. Das Wachstum der Reserven betrug in den letzten 10 Jahren:

1906	M	29 000
1907	"	135 000
1908	"	300 000
1909	"	175 000
1910	"	198 000
1911	"	148 000
1912	"	49 000
1913	"	50 000
1914	"	nichts
1915	"	51 000

Hier muß hinzugefügt werden, daß die Verbandsbank im Jahre 1909 ihr Aktienkapital von 3 auf 6 Millionen Mark erhöht und in allen Jahren mit Ausnahme von 1914 (5 %) und 1915 (4 %) 6 % Dividende gezahlt hat. Daraus geht hervor, daß die Bank seit 1910 immer weniger Reingewinn gehabt hat, wenngleich die Einnahme aus Zinsen und Provisionen ständig im Wachsen war. Diese Erscheinung wird nur in gewissem Maße durch das ständige Wachsen der Geschäftsumkosten erklärt. Nach der letzten Rubrik beliefen sich die Geschäftsumkosten und Steuern in den Jahren:

1906	auf M	114 000
1907	"	134 000
1908	"	160 000
1909	"	181 000
1910	"	216 500
1911	"	245 300
1912	"	298 400
1913	"	365 900
1914	"	412 000
1915	"	367 900

Eine weitere Ursache des Sichverringerns des Reingewinns ist in dem Kursrückgang der Wertpapiere zu erblicken, wie er sich seit zehn und einigen Jahren fast beharrlich vollzieht. Der Vorstand der Bank schreibt diesem Kursrückgang in den letzten Jahren fast die Hauptschuld an der Verringerung des Reingewinns zu, dem man jedoch nicht zustimmen kann. Der Kursrückgang datiert seit etwa 1906. Schon damals hat man von diesem Konto ansehnliche Verluste abgeschrieben. Ich besitze die einschlägigen Geschäftsberichte nicht, um die Summe genau zu nennen; doch scheint es mir gewiß, daß sie im Verhältnis zu den damaligen Umsätzen und Mitteln nicht kleiner gewesen ist, als im Laufe der letzten 4 Jahre.

Eine wichtigere Ursache der besprochenen Erscheinung scheint mir jedoch die unzulängliche Ausnutzung der Kapitalien zu sein. Seit einer gewissen Reihe von Jahren wird ungeheuer viel über die Leistungsfähigkeit und Liquidität unserer Finanzinstitute gesprochen und geschrieben. Es ist das unbestritten eine Frage von erstklassiger Bedeutung; doch darf man in nichts übertreiben. Und hier hat gerade das Institut, das sich das Netz unserer Genossenschaften zum Muster nehmen soll, zweifellos übertrieben. Wenn wir uns die Bilanz vom Jahre 1915 ansehen, dann überzeugen wir uns, daß in Bar in anderen — überwiegend Berliner — Banken und in Wertpapieren nahezu 53 Millionen, dagegen in Wechseln, in Ansprüchen an Privatpersonen und in Hypotheken nicht ganz 37 Millionen angelegt waren. Das bedeutet, daß gegen $\frac{3}{5}$ des ganzen Vermögens der Bank nicht die gehörige Unterkunft gefunden haben. Der Vorstand erklärt das damit, daß er der ungewissen wirtschaftlichen Zustände halber nicht habe ein Über-

maß an Bargeld in Kreditgeschäften anlegen können, und daß er zum Teil hierzu keine Gelegenheit gehabt habe, da man von ihm überhaupt Kredit in wesentlichem Umfang nicht verlangt habe.

Kein allzu rühmendes Urteil hat der Vorstand über sich abgegeben, wenn er schreibt, er habe keine Gelegenheit gehabt, da man von ihm Kredit nicht verlangt habe. Die Bank ist ein kaufmännisches Unternehmen, keine staatliche Behörde, an die man sich mit allem bittend wenden müßte. Jeder Kaufmann muß Gelegenheit suchen, wenn sie sich ihm selbst nicht bietet; er muß seine Ware anbieten, wenn man sie nicht begehrt. Die Banken sind der Tau des Wirtschaftslebens; sie haben es zu benezen und zu stärken, zu neuem Leben zu wecken, wenn es abzusterben anfängt, sie haben neue Wege für die Erwerbstätigkeit zu eröffnen. Das ist die erhabene, dankbare und produktive Aufgabe des Bankiers. In der Geschichte des polnischen Bankwesens haben wir herrliche Beispiele einer so aufgefaßten Pflicht. Sehen wir uns die „Polnische Bank“, die „Galizische Landesbank“, die „Warschauer Handelsbank“ an! Dort faßt und faßt man die Aufgaben einer Bank anders auf.

Auf alles das kann man mir antworten: „Es ist Krieg, — es gilt, von Kopf bis Fuß finanziell gerüstet zu sein.“ So schreibt der Vorstand der Verbandbank denn auch in seinem Bericht: . . . „Wir müssen damit rechnen, daß unmittelbar oder auch kurz nach Beendigung des Krieges das ganze Uebermaß der bei uns deponierten Gelder zurückgezogen werden wird.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dem Kriege mehr Depositen werden zurückgezogen werden, als in normalen Zeiten und daß man deshalb gegenwärtig besser als je auf diesen Moment vorbereitet sein muß; aber auch hier darf man nicht übertreiben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß nach dem Kriege ein sehr plötzlicher Export von Geld aus unserem Gebietsteil ins Ausland eintreten könnte, — nur in diesem Falle könnte ein plötzliches Zurückziehen der Depositen erfolgen. Soweit das Geld im Lande verbleibt, — dafür zu sorgen gehört auch zu den schönen Aufgaben eines Bankiers — wird es nur den Eigentümer wechseln und nach einer gewissen Zeit wieder in die Bank zurückkehren, um von ihr aus in die Welt zu gehen. Besonders die Verbandbank besitzt als die Zentrale unseres Geldumlaufs die Möglichkeit, einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung des Geldumlaufes auszuüben. Infolgedessen kann sie leichter als eine andere Bank die Augenblicke einer großen Nachfrage nach Geld aushalten.

Die oben angezogenen Auszüge aus dem Geschäftsbericht erinnern lebhaft an die Antwort, die ich vor einigen Jahren seitens eines gewissen Bauern auf die Frage erhalten habe, weshalb er das Geld zu Hause behalte und es nicht in die Bank trage: „Na, weil ich nach zwei Jahren ein Haus bauen werde.“

Ich muß hier noch einen Absatz aus dem Geschäftsbericht hervorheben, den der Vorstand, um ihm eine größere Bedeutung zu verleihen, in Sperrdruck hat wiedergeben lassen. Wir lesen auf S. 21 des Berichts:

„Ein Bankinstitut, das in den heutigen Zeiten sein überflüssiges Bargeld in mehr oder minder immobilien Kreditgeschäften anlegt, um seinen Deponenten höhere Zinsen zahlen zu können, setzt sich und seine Kunden der Gefahr aus, daß es beim Eintreten friedlicher Zeiten nicht imstande sein wird, seinen Deponenten auf deren Verlangen die eingezahlten Kapitalien auszuzahlen. Und die Deponenten, die höheren Zinsen nachjagen, haben heute zwar höhere Einnahmen hieraus, sie müssen aber ernst damit rechnen, daß sie ihre auf längere Zeit festgelegten Kapitalien nur mit Schwierigkeiten werden zurückhalten können. Soviel zur Aufklärung

unseres Standpunkts. Angesichts einer solchen Sachlage blieb uns kein anderer Weg übrig, als Kapitalien in auswärtigen — überwiegend Berliner — Großbanken anzulegen und in kleinem Umfang — einige Millionen Mark — auch in kurzfristigen kommunalen Anleihen von Großstädten.“

Was sollen diese Worte bedeuten? Soll das eine Lektion für andere Banken, oder ein gegen sie gerichteter Verdacht, oder schließlich eine Warnung für die Deponenten oder eine Bekundung der Absicht sein, sich vor den Deponenten wegen der Herabsetzung des Zinsfußes zu entschuldigen? Jedenfalls muß dieser Absatz bei jedem Unparteiischen Unbehagen hervorrufen. Derartige Äußerungen des Zentralinstituts müssen das Vertrauen zu den polnischen Banken untergraben, das schon deshalb notwendig ist, um die noch in anderen Banken ruhenden Millionen in unsere Banken herüberzuziehen und auf diese Weise in unserer Wirtschaft produktiv zu verwenden. Dem Vorstände der Verbandbank ist bekannt, daß die Sicherheit einer Anlegung kein allgemein feststehender Begriff ist, daß verschiedene Ansichten darüber bestehen, was sicher ist oder nicht. Im Laufe der Generalversammlung der Bank ist der Vorstand auch von verschiedenen Seiten her auf Ansichten gestoßen, die von der seinigen abwichen. Es ist hier nicht der Platz für eine breitere Diskussion über dieses Thema. Ich will nur feststellen, daß ich beim Lesen der Hunderte von Geschäftsberichten der verschiedensten ausländischen Banken auf keine Kundgebung ähnlicher Art gestoßen bin. Es ist im allgemeinen Interesse zu wünschen, daß man derartige Auslassungen unterlasse.

Schon im vergangenen Jahre erging sich der „Kurjer Poznański“ in Lobeserhebungen über die Form des Geschäftsberichts der Verbandbank. Den gleichen Ton schlug das Blatt in diesem Jahre an. Ich teile die Ansicht der geehrten Redaktion nicht; folgende Ausführungen mögen zur Unterstützung meiner Ansicht dienen.

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und über deren Einwirkung auf das den Bericht erstattende Institut ist am Platze. Das geschieht fast überall. Ein solcher Überblick muß bündig und auf bestimmte Angaben gestützt sein. In dem Bericht der Verbandbank hingegen stoßen wir allzuoft auf verschiedene Mutmaßungen, Schätzungen und Gemeinplätze, welche einer Kritik nicht standhalten. Das Einschätzen der Körnerernte oder das Sichauslassen über den Einfluß des Zuckerrutens auf die Knochen des Rindviehs ist nicht Sache einer Bank; das muß schon denen überlassen bleiben, die dazu berufen und maßgebender sind. Es wäre statt dessen erspriesslicher, mehr Erläuterungen zu der Bilanz zu bieten. Die früheren Geschäftsberichte der Verbandbank boten in dieser Hinsicht bedeutend mehr. Die Angabe der Quantität und Qualität der Wertpapiere, die Spezifizierung der Schuldner nach der Art der gebotenen Deckung, die Klassifizierung der Wechselschuldner nach den Summen und Deckungen, die Klassifizierung der Deckungen in städtische und ländliche, je nach der Größe, nähere Angaben über die Hypotheken, über die Deponenten, über die Höhe der bezogenen Zinsen usw. — alles das wird für den Aktionär, für den Kunden, für den künftigen Historiker des polnischen Bankwesens höheren Wert haben, als ellenlange Gemeinplätze. Der Forscher der wirtschaftlichen Verhältnisse wird sich über die Landwirtschaft oder die Viehzucht wahrlich nicht aus dem Geschäftsbericht der Verbandbank unterrichten. Bestimmt wird er hingegen in ihm Angaben der von mir erwähnten Art suchen. Oder soll vielleicht die Landwirtschaftskammer oder der landwirtschaftliche Zentralverein hierin die Verbandbank vertreten?

Schließlich muß ich noch Verwahrung einlegen gegen die Meinung, als hätte mich irgendwelches Unwollen veranlaßt, obige Auslassungen niederzuschreiben. Ich halte dieses Institut für ein erstklassiges, das für unser Wirtschaftsleben die höchste Bedeutung besitzt. Gerade aus diesen Gründen müssen wir jedoch die Tätigkeit eines solchen Instituts recht vertiefen und uns nicht mit der stereotypen Wiederholung von Lobreden zufrieden geben. Ohne eine gesunde Kritik gibt es keinen Fortschritt.

Dr. Marian Glowacki.

Von der Redaktion. Ohne eine gesunde Kritik gibt es keinen Fortschritt — sagt Dr. Glowacki in seinem Schlußsatz. Ganz richtig! Aber gesund ist eine Kritik nur dann, wenn sie sachlich ist, — das ist doch wohl auch eine unbestrittene feststehende Tatsache, mit der Dr. Glowacki zweifellos ohne Vorbehalt einverstanden sein wird. Indessen hat der geehrte Verfasser zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen das subjektive Gefühl des Unbehagens genommen, das unser Artikel über die Verbandsbank in ihm geweckt hat. Du lieber Gott! Wir wissen wohl, daß unsre Artikel sehr oft nicht nach dem Geschmack von Gaumen waren, die dem oder jenem gegenüber empfindlich sind. — Da ist guter Rat teuer, und da können wir nicht helfen; denn es ist nicht unsere Aufgabe, für den Geschmack dieses oder jenes Lesers zu schreiben, sondern die Pflichten zu erfüllen, die uns unsere Stellung in der Volksgemeinschaft und unsere Überzeugungen auferlegen. Gestützt auf diese Prämissen und nicht zu dem Zwecke, um uns in Lobeserhebungen zu ergehen, schreiben wir unsern Artikel über den Geschäftsbericht der Verbandsbank für das verflossene Jahr.

Die gegenwärtigen Zeiten sind für die Banken überhaupt und für ein solches Zentralinstitut wie die Verbandsbank besonders schwierig; darum mußte unser Urteil unter Berücksichtigung alles dessen so und nicht anders ausfallen. Im übrigen stehen wir in der Ansicht darüber, wie sich z. B. die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden (im Zusammenhang mit dem Zurückziehen der Depositen) und in der Folge über die Art und Weise, wie gegenwärtig die Kapitalien anzulegen seien, um die Leistungsfähigkeit der Bank aufrecht zu erhalten, auf einem dem des Dr. Glowacki direkt entgegengesetzten Standpunkt. Einen Prüfstein dafür, wer recht hat, gibt es nicht; denn erst die Zukunft wird das lehren. Kein Wunder also, daß Dr. Glowacki mit unserer Ansicht nicht einverstanden ist, er wird aber zweifellos zugeben, daß aus einem solchen Stande der Dinge noch keineswegs hervorgeht, daß grade er und nicht jemand anders recht habe und daß seine Ansichten eben jene „gesunde Kritik“, die unsrigen aber nichts andres seien, als ein „Sichergeben in Lobeserhebungen.“

Übrigens meinen wir, daß zur Beantwortung der sachlichen Vorwürfe am meisten die Verbandsbank selbst berufen ist, darum haben wir ihr den Artikel des Dr. Glowacki vorgelegt und daraufhin das nachstehende Schreiben erhalten:

Jedem steht es frei, eigene Ansichten zu haben. Die unsrigen teilt die riesige Mehrheit unserer Aktionäre, wie aus den Beschlüssen in den Generalversammlungen hervorgeht. Sie sind auch gefestigt durch die Erfahrung von Jahrzehnten.

Die Behauptung hinsichtlich der Verluste auf dem Effektenkonto entspricht nicht der Wirklichkeit. In den Jahren 1908—1911 gab es keine Verluste, sondern erhebliche Gewinne. Der Effektenkurs ist erst in den Kriegsjahren gesunken vom Jahre 1912 an in den wirtschaftlich schwächsten Zeiten, in denen natürlich auch die Gewinne der Bank zurückgingen.

Die während des Krieges eingezahlten Depositen können wir gegenwärtig in Kreditgeschäften nicht an-

legen, da wir den besonderen Charakter dieser Depositen kennen. Gleich nach dem Kriege wird jeder Landwirt seine Kriegsdepositen, die einen Teil des Vermögens, nicht jedoch einen Einkünfteüberschuß darstellen, in Pferde, Vieh, Kunst und totes Inventar, jeder Kaufmann in Ware, jeder Fabrikant in Rohstoffe umsetzen. Daher rührt auch unsere berechtigte Warnung davor, in dem jetzigen Augenblick Kapitalien in Hypotheken festzulegen.

Im übrigen sind die Ansichten betreffend die Sicherheit von Darlehen geteilt, wie dem geehrten Verfasser aus den eigenen Verhandlungen mit uns wohl bekannt ist.

Unsere ausführlicheren Geschäftsberichte während des Krieges stützen sich auf die Informationen von Autoritäten auf den einzelnen Gebieten, und sie begnügen allgemeiner Anerkennung. Es besteht somit kein Grund zu einer Änderung.

Soviel nicht zu unserer Rechtfertigung, sondern zwecks kurzer Aufklärung.

Die Verbandsbank
der Erwerbsgenossenschaften.

Aus Nr. 3 des Kupiec (Posen)

vom 1. Februar 1916.

Über die Handelsbeziehungen zum Königreich Polen.

Welche Wendung der Krieg auch nehmen mag, welches Ergebnis die kommenden Friedensverhandlungen für uns auch zeitigen werden — eins wissen wir heute schon, nämlich: daß nach dem Kriege ein umfangreicherer Austausch von gewerblichen Erzeugnissen zwischen dem preussischen Gebietsteile und dem Königreich Polen eintreten wird.

Die Initiative zur Anknüpfung näherer Handelsbeziehungen ging von deutschen Kreisen aus, sie fand ihre Verwirklichung in der amtlichen Handelszentrale der deutschen Handelskammern mit dem Sitz in Warschau und Bromberg. Die Handelszentrale erhielt die Bestätigung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, sie bekam dadurch amtlichen Charakter; außerdem wurde ihr weitgehende Unterstützung von seiten der deutschen Zivilverwaltung für das Königreich Polen zugesichert.

(von der Zensur gestrichen). Wir können daran nicht glauben, teilen auch die Verdächtigungen nicht, denn die Zentrale will doch mit einem rein polnischen Lande arbeiten, und zwar vorwiegend mit polnischen Firmen, sie würde sich demnach selbst schädigen, wenn sie den polnischen Kaufmann und Handwerker von sich fern halten wollte.

In den Satzungen der Zentrale ist ausdrücklich gesagt, daß niemand einen Rechtsanspruch auf die Eintragung in die Liste der Exporteure und Importeure haben könne. Gegen die Nichtaufnahme in die betreffenden Listen der Lieferanten und Abnehmer gibt es somit keinen Refurs, denn die höchste Behörde in der Handelszentrale ist die Direktion, und diese entscheidet in Gemeinschaft mit dem Vorstande über Berücksichtigung oder Ablehnung der Anträge.

Die Direktion hat ihren Sitz in Warschau, der Vorstand den seinen in Bromberg.

Direktoren sind: Handelsrichter Wieler aus Danzig und Syndikus Meyerstein aus Berlin. Der Vorstand setzt sich aus 7 Personen zusammen, von diesen ist keiner polnischer Nationalität.

Handelsagenturen, die der Zentrale unterstehen, befinden sich in Lodz, Sosnowice, Gzenstochau, Wloclawek, Mlawa, Block und Kutno.

(von der Zensur gestrichen). Es kann sein, daß man das mit Rücksicht auf die baltischen Provinzen getan hat — insofern sie vom Königreich Polen als unabhängig anerkannt worden sind.

In eine Polemik darüber lassen wir uns nicht ein, wenn wir auch gern lesen würden, daß es sich vor allen Dingen um die Öffnung der Grenzen des Königreichs Polen für den hiesigen Handel und das hiesige Gewerbe handele.

Auf die Frage, was der polnische Kaufmann und Fabrikant wohl tun müsse, wenn er in die Liste der Zentrale nicht aufgenommen wird, antworten wir kurz: er soll dem Verbands der Fabrikanten in Posen beitreten.

Die Handelszentrale besitzt durchaus kein Handelsmonopol, sie kann also der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Königreich Polen weder hinderlich noch schädlich sein, und zwar weder der von seiten einzelner Kaufleute noch der von seiten der Organisationen. Infolge der Entstehung der Zentrale soll auch die Tätigkeit der Agenten und Vertreter hiesiger Unternehmungen nicht beschränkt werden.

Es ist wohl richtig, daß für einzelne Firmen verschiedene Schwierigkeiten und Beschränkungen in den Weg treten, deshalb raten wir, sich dem Verbands der Fabrikanten anzuschließen, der schon im vergangenen Jahre, ehe noch die Handelszentrale entstanden war, eine

ständige Handelsrepräsentation zum Zwecke der Unterstützung der Interessen der einzelnen Mitglieder des Verbandes geschaffen hatte.

Im Sinne des aufgestellten Programms besucht der Vertreter des Verbandes die ihm seitens des Vorstandes bezeichneten Länder, Gegenden, Handelsplätze, er besucht Behörden und Institutionen zum Zwecke der Anknüpfung von Handelsbeziehungen und stellt an Ort und Stelle die Transport-, Handels- und Kreditverhältnisse fest.

Der Fabrikantenverband muß, wenn er den Import- und Exporthandel zwischen dem preussischen Gebietsteile und dem Königreich Polen organisieren will, auf die finanzielle Unterstützung unseres Kaufmannstandes rechnen — und diese Unterstützung kann nur dadurch geschehen, daß die Kaufleute die Mitgliedschaft des Verbandes erwerben.

Wir appellieren deshalb an alle diejenigen, die diese Angelegenheit interessieren sollte; ein Jeder sollte sich an dieser schönen, zukunftsverheißenden Aktion dadurch beteiligen, daß er sie tätig und materiell unterstützt!

Aus Nr. 6 des Tygodnik Szewski (Posen)
vom 5. Februar 1916.

Ein Mittel zur Sicherung der Zukunft.

In den heutigen kritischen Zeiten gibt es keinen Beruf, deren Vertreter nicht daran denken würden, über Mittel zur Sicherstellung des Lebens nachzudenken. Schon lange vor dem Kriege organisierte man sich in verschiedene Vereine, um Hand in Hand zu gehen und so den Wohlstand der einzelnen Stände, namentlich den mittleren Handwerkerstand, zu heben. Alle Bestrebungen aber endigten für gewöhnlich leider mit der guten Absicht. In den heutigen Zeiten muß man mit voller Energie an die Arbeit gehen; auch unser Schuhmachergewerbe sollte nicht zurückstehen, sondern für die Sicherstellung seiner Zukunft Sorge tragen.

Viele Kollegen befinden sich in den Reihen der Kämpfer, viele aber sind auch noch zu Hause. Und auf diesen lastet die ganze Pflicht, Schulter an Schulter auf der Wacht zu stehen, sich zusammenzuschließen und über die Mittel für die Entwicklung des Schuhmachergewerbes nachzudenken. Vor allen Dingen muß dafür Sorge getragen werden, daß man auch nach dem Kriege leben und sich weiter entwickeln könnte. Es werden nach dem Kriege schwere Zeiten

kommen, die Steuern werden sich vergrößern, es wird Arbeitslosigkeit eintreten, die Lebensmittel werden im Preise steigen. Manch einer, der heute noch imstande ist, sich zu erhalten, wird nach dem Kriege nicht mehr bestehen können. Deshalb muß man auch heute schon darüber nachdenken, wie die Zukunft zu sichern sein wird.

Schließen wir uns zusammen, dann werden wir auch imstande sein, den Hunger abzuwenden. Es müßte ein Verband für polnische Schuhmacher ins Leben gerufen werden, der alle, die Großen und die Kleinen, umfaßt. Auf diese Weise wird ein großes, widerstandsfähiges Institut entstehen, das imstande sein wird, den Bedürftigen Rat zu erteilen und den Kollegen, die sich in kritischer Lage befinden, Geldbeihilfen zu gewähren.

Mögen vor allen Dingen die Fachzeitungen Rat erteilen und den Gedanken des Sichzusammenschließens aller Schuhmacher, namentlich der kleineren, verbreiten. Man darf die Hände nicht in den Schoß legen, diesen Zweig unseres Gewerbes nicht vernachlässigen, sondern man muß ihn zum neuen Leben führen, sich zusammenschließen, eine starke Organisation des Mittelstandes schaffen — und das wird alsdann die Grundlage unseres späteren wirtschaftlichen Lebens und unserer nationalen Wiedergeburt sein.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 15 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 5. Februar 1916.

Europa für Polen.

Mit einer gewissen Ungeduld warteten wir auf die Nachricht über das Ergebnis des „Bischofstages“, an dem nach dem Wunsche unseres geliebten Beschützers, des heiligen Vaters Benedikt XV., in allen Kirchen der ganzen Welt Beiträge für unser unglückliches polnisches Volk gesammelt werden sollten (von der Zensur gestrichen).

Der heilige Vater erwartete von diesem Tage sicherlich große Sachen für . . . Polen, und wir befanden uns mit ihm in derselben Erwartung. Wir rechneten darauf, daß man an diesem „Bischofstage“ einige zehn Millionen Mark einsammeln würde. Nun müssen wir zugeben, daß wir eine arge Enttäuschung erfahren haben.

Nach den vom Schweizer Komitee in Bevey erhaltenen Nachrichten betragen die in ganz Europa an dem „Bischofstage“ gesammelten Spenden etwa 1 200 000 Mark (von der Zensur gestrichen).

Dein einziger aufrichtiger und wahrer Freund, Polen, ist der heilige Vater, der leider selbst arm ist (von der Zensur gestrichen).

Die Volks Gesamtheit des preussischen Anteils hat etwa 2 Millionen Mark gesammelt, also zweimal so viel wie das ganze „hochherzige“ Europa — aber auch das ist wenig. Unsere Gesamtheit, bewahrt von den Schrecknissen des Krieges, ist wohlhabend genug, um selbst etliche Millionen zusammenzubringen. Deshalb werden wir auch nicht aufhören, zu weiteren Spenden aufzufordern — bis diese paar Millionen gesammelt sein werden. Wieder ist ein neues Quartal da, liebe Brüder, gebt deshalb wieder euren Quartalsbeitrag. Wir hoffen, daß sich keiner dieser Pflicht entziehen wird (von der Zensur gestrichen).

Um euch mit gutem Beispiele voranzugehen, spendet unser Herausgeber einen weiteren Quartalsbeitrag in Höhe von 400 Mark (zusammen also bis jetzt 1600 Mark) für die vor Hunger verderbenden Brüder. Folget diesem Beispiele, liebe Brüder, alle

aber auch alle, auch ihr Armen — . . . (von der Zensur gestrichen).

Dem Nationalrate war es unmöglich, der ganzen Volksversammlung eine Steuer zur Linderung der Not und Verminderung des Hungertodes im Königreich Polen aufzuerlegen. Möge daher jeder diese Nationalsteuer freiwillig in Quartalsraten entrichten. Ans Werk also, ihr Brüder, möge in diesem Quartal nicht eines einzigen Quartalsbeitrag fehlen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 21 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 27. Januar 1916.

Mitteleuropa.

Unter einer solchen Überschrift hat der bekannte freisinnige Parlamentarier Friedrich Naumann ein Buch herausgegeben, das Ende vorigen Jahres erschienen ist. Das Buch ist hochaktuell, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf den Gegenstand, den es behandelt, sondern auch mit Rücksicht auf die Ereignisse, die die Anregung zu seinem Erscheinen gegeben haben.

Es handelt sich hier um die Schaffung eines großen politischen und wirtschaftlichen Blocks, dessen Kernpunkt das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn bilden würde. Die um diesen Kern liegenden Staaten und Völker könnten bzw. müßten sich mit ihm vereinigen. Das Interessanteste hierbei ist, daß Naumann aus diesem Block weder Frankreich, noch Italien, noch Serbien ausschließt, obgleich diese drei Staaten sich im gegenwärtigen Kriege in die Reihe der Feinde Deutschlands und Österreich-Ungarns gestellt haben. Er tut dies mit Rücksicht auf ihre geographische Lage, weshalb diese Staaten zur Gruppierung derjenigen Staaten gehören, die zwischen England von der einen und Rußland von der anderen Seite liegen. So zeichnet Naumann die Grenzen Mitteleuropas vom Westen und Osten. Die Nordgrenze Mitteleuropas wird von Norwegen und die Südgrenze vom Mittelländischen Meere gebildet.

Das polnische Volk und Polen umgeht das Naumannsche Buch deshalb, weil uns der Verfasser zu Mitteleuropa zählt, von der Voraussetzung ausgehend, daß das im Osten eroberte Land, und zwar das eigentliche Polen, mit den sogenannten vereinnahmten Ländern für immer in den Händen der Eroberer bleiben würde. Der Friede wird, nach der Meinung Naumanns, nur unter den Bedingungen geschlossen werden, daß die Schützengräben im Westen und Osten auch die Grenzen bilden sollen. Die Forderungen der Eroberer werden jedoch wachsen mit der Dauer des Krieges und den Opfern an Geld und Menschen, die infolge der Verlängerung des Krieges durch den Vierverband entstehen werden.

Wenn wir in Gedanken dieses Gebiet überfliegen, das Naumann Mitteleuropa zuteilen will, und uns die Frage vorlegen, auf welche Weise er die verschiedenen Völker vereinigen wollte, so werden wir gleich den Eindruck gewinnen, daß dies unmöglich ist. Und doch sind die breiten Perspektiven Naumanns weit entfernt von einer phantastischen Schwärmerei und kennzeichnen einen politischen Gedanken, mit dessen Folgen die öffentliche Meinung Deutschlands ernstlich rechnet. Vor allem geht Naumann dabei von der Voraussetzung aus, daß den in diesem Gebiet befindlichen Staaten ihre Unabhängigkeit garantiert und den Nationen ihre Existenzberechtigung und das Recht ihrer Entwicklung auf nationaler Grundlage belassen wird

In welcher Weise behandelt Naumann die Lösung der polnischen Frage? Über unsere Sache schreibt er wörtlich auf Seite 99 folgendes:

(Rücküberzeugung.)

„An dieser Stelle unserer Arbeit würde den Polen ein Abschnitt gebühren. Während des Krieges hängen aber alle polnischen Pläne und Wirklichkeiten so sehr in der Luft, daß die polnische Frage faktisch als wichtigste Angelegenheit zu der Erörterung der „Kriegsziele“ gehört. . . . Abhängig davon, wie sich der Sieg und der Friedensschluß gestaltet, kann der gegenwärtige Krieg für das Polentum ein Punkt riesiger Veränderung sein. Die Polen erstreben, soweit ich das verstehe, zunächst einen Zusammenschluß und erst dann nach Möglichkeit eine eigene Regierung. An einen polnischen neuen und absolut unabhängigen zwischen Rußland und Mitteleuropa gelegenen Staat, glauben kaum einzelne politisch geschulte polnische Vertreter. Einige haben die Hoffnung, daß ein österreichisches Polen entstehen und daß dieses Polen, den größten Teil der polnischen Nation in sich zusammenschließend, im Bereiche der Donaumonarchie die gleiche Unabhängigkeit erreichen wird, wie z. B. Ungarn. Daß Preußen seine Ostgrenze aus eigenem Antriebe stark ändern sollte, ist schwer zu glauben. Ob Österreich seinen Polen eine staatliche Selbstverwaltung einräumen will und ob die Polen für eine solche Selbständigkeit finanziell gesichert sind, das müssen sich beide Teile reiflich überlegen.“

Vom Standpunkte der österreichischen Deutschen sprechen viele Dinge für eine solche Lösung dieser Frage. Was geschieht aber dann mit den Ruthenen, wenn sie in Galizien bleiben? Darüber und über alle hiermit im Zusammenhange stehenden Grenzangelegenheiten des Ostens wird in den nächsten Monaten an so vielen anderen Stellen gesprochen werden, daß hier zu der großen laufenden Politik nicht mehr Stellung genommen zu werden braucht. Es ist sehr leicht möglich, daß die Wiedererrichtung Polens der größte Ansporn zur Schaffung eines Zentral-Europas wird. Soweit diese Sache aber realisiert wird, wird sie sich zunächst in den diplomatischen Gemächnern vollziehen, denn nur dort können sich die hierzu notwendigen monarchischen Einwilligungen vollziehen. Sicher dagegen ist es, daß man sich ein neues Polen ohne vorhergehendes zentral-europäisches Übereinkommen nicht denken kann.“

Was aus diesen Ausführungen hervorgeht, ist das eine, daß in Deutschland selbst solch tüchtige Köpfe wie Naumann beim besten Willen, die polnische Sache zu beleuchten, nicht genau wissen, was sie damit beginnen sollen. Auch in seinem letzten Artikel über die polnische Frage kommt Naumann über allgemeine Dinge nicht hinaus und er macht jedes Urteil über die künftige Gestaltung des Schicksals Polens im Zusammenschluß mit Zentral-Europa von zahlreichen Bedingungen und Umständen abhängig. Es ist aber begreiflich, daß im gegebenen Augenblick ein verantwortlicher deutscher Journalist diese Angelegenheit nicht anders behandeln kann. Für uns ist es daher natürlich schwer, sich in dem konkreten Gedanken der Autoren zu orientieren und hieraus entsprechende Schlüsse zu ziehen.

Jedenfalls müssen alle ernsten Auslassungen dieser Art beobachtet und geprüft werden; daher verdient auch die Frage Zentral-Europas notiert zu werden, denn mit ihr kann das Wohl und Wehe unserer Sache verknüpft sein.

Der Warschauer „Goniec“ schreibt hierzu:

Vor einigen Tagen brachten wir einen Artikel Friedrich Naumanns, des bekannten deutschen Publizisten und freisinnigen Abgeordneten zum Deutschen

Reichstag in der polnischen Frage. Dieser sehr beredt, klar und bestimmt geschriebene Artikel gibt den Polen zu verstehen, wie weit sie auf eine Unterstützung der mitteleuropäischen Staaten rechnen können.

Man sieht, daß der Verfasser des Artikels jedes Wort abwog, daß er wünschte, es käme zu einer Verständigung mit den Polen, er unterstreicht die Faktoren und Tatsachen in unserer Volksgeamtheit, welche dieser Idee dienen, nennt andere, die noch fehlen, ohne die es jedoch nach Ansicht des Verfassers zu einer näheren Verührung nicht kommen kann.

„Die Polen — schreibt der Verfasser — müssen bei den Deutschen, den Österreichern und Ungarn die Überzeugung erwecken, daß die frühere Entscheidung der Weltgeschichte von 1772, d. i. seit den Teilungen, bis 1815, falsch war“. Und sofort fügt er hinzu, daß „die Kundgebungen der österreichischen und deutschen Kommandos in Sachen der tadellosen Taten der polnischen Truppenteile äußerst gute Ankündigungen eines besseren gemeinsamen Zusammenlebens in der Zukunft sind, wie z. B. der Empfang, welcher dem Besuch unseres Kaisers in Galizien bereitet wurde.“

Der „Goniec“ nimmt seit 11 Jahren, i. d. seitdem er sich in unseren Händen befindet, soweit dies mit Rücksicht auf die Zensur möglich war, einen ausgesprochen russenfeindlichen Standpunkt ein, und eine Reihe von Jahren vor dem Kriege, als man schon die Vorboten des gegenwärtigen Kriegsturmes vorausempfinden konnte, schmuggelte er unter verschiedenen Gestalten Artikel durch, welche unsere Verbindung mit dem Westen darlegten, die Notwendigkeit einfiltrierten, daß wir uns auf den Westen stützen müßten zwecks Verteidigung gegen die östliche Hochflut, welche unser nationales Bewußtsein und unsere staatsbildenden Wünsche extränkt. Für die Leute, welche sich um den „Goniec“ gruppieren, war es seit einem Jahrzehnt klar, auf welche Seite wir uns im Falle eines Weltkrieges zu stellen hätten, sowie ein wie großer, demokratisierender und vernichtender Feind für uns der barbarische Osten ist, welcher an vier Ecken des polnischen nationalen Organismus nagt.

Gleichzeitig waren wir uns klar darüber, daß wir in dem sich schon damals ankündigenden Kriegsturm ein Faktor ersten Ranges sein könnten, wenn die Allgemeinheit politisch reif wäre, wenn die nationaldemokratischen Leiter sie nicht betört und depraviert hätten.

Leider hat man, tausenderlei Rücksichten ausnützend, verschiedene innere Komplikationen und Leidenschaften gegen einander ausspielend, sich der politischen Passivität der Nation anpassend, den schlimmsten Instinkten der Massen und Individuen, Instinkten, die man als Gipfel des Patriotismus in den Vordergrund stellte, schmeichelnd, der polnischen Allgemeinheit einen Nagel in den Kopf geschlagen. Dieser Nagel vergrößerte sich noch infolge des gleichnerischen Aufruhrs des Großfürsten, worüber sich die Russen laut lustig machten, worüber wir jedoch nicht schreiben durften. Die Nationaldemokraten nützten es aus, daß sich ihre Gegner nicht äußern dürfen, und schrieben unerhört demoralisierende Faselien und Gemeinheiten, ohne selbst an einen Wert der großfürstlichen Worte und daran zu glauben, was sie gedruckt von sich verkündeten.

Übrigens ist es weniger zu tun um die Motive und darum, wer der Schuldige ist. Ist es doch Tatsache, daß in dem Zeitpunkt, als, wie F. R. Naumann schreibt, vielleicht zum letzten Mal überhaupt, „jedenfalls sicherlich zum ersten Mal für die gegenwärtige Generation die Frage der Wiederherstellung der polnischen Volksgeamtheit aufgeworfen wurde, die Polen selbst so wenig dazu beitragen können, ihr eigenes Geschick zu gestalten.“ Und nicht nur deshalb, weil sie, wie der Verfasser sagt, „weder ein eigenes

Geer, noch einen politischen Mund haben, um im Namen Polens irgend eine Erklärung abzugeben.“

Vor allem fallen die Polen deshalb so wenig in die Waagschale der Ereignisse, weil sie von Rußland durch das Gift der Passivität gespalten und vergiftet sind, weil sie sich zu keinem politisch-nationalen Risiko, höchstens zu einem Handelsrisiko zu entschließen verstehen, weil es ihnen an einer politisch geschulten Intelligenz fehlt, welche die apathische Allgemeinheit für große Ziele zu überzeugen und zu bewegen verstände; schließlich fehlt es in der gegenwärtigen Zeit an den Bedingungen, welche die Arbeit in dieser Richtung ermöglichen würden. Die Ursache hiervon ist ebenfalls Depression und der Mangel an Glauben, daß uns nicht jemand ein Unrecht zufügen wollte, der Mangel an Vertrauen auf die eigenen Kräfte und auf den guten Willen anderer.

Die Zerspitterung und Depression, das Mißtrauen und die Anarchie, welche der Apathie entspringen, und der Mangel, die geschichtlichen Ereignisse breiter zu erfassen, rächen sich seit 18 Monaten an unserer Sache.

Aus Verzweiflung die Hände ringend, können wir den großen Moment vergessen, obgleich wir allerdings heut nicht mehr dieselben sind, die wir im Augenblick des Einmarsches der deutschen Truppen in Warschau waren.

Die Allgemeinheit empfindet nämlich immer mehr, daß eine ungeheure Veränderung in den Verhältnissen ihrer Entwicklung eingetreten ist, daß das nationalpolitische Leben in der Zukunft eine hundertmal begehrendere Unterlage haben kann, sie weiß nur nicht, was sie tun, wie sie handeln soll, um sich wiederaufzubauen.

Seit 5 Monaten beraten die Vertreter der verschiedenen Parteien und Gruppen untereinander, suchen sich gegenseitig zu überzeugen, eine allgemeine Plattform für ihre Wünsche und Bestrebungen zu finden. Langsam konsolidieren sich die zerspitterten Gruppen und gelangen zu einem gemeinsamen Nenner. Man darf auch nicht die Hoffnung aufgeben, daß sie, ein allen voranleuchtendes Ziel im Auge habend, mit den übrigen Gruppen zu einer Verständigung kommen werden.

Indessen muß festgestellt werden, daß die Anschauungen, welche u. a. auch wir seit einigen Jahren verbreiteten, immer größere Kreise schlagen. Noch vor 4 Monaten konnte man nicht träumen, daß sich irgend eine zahlreichere Kollektivkörperschaft zur Anerkennung eines solchen Standpunktes entschließen würde. Inzwischen fanden vor einigen Wochen Beratungen im Königreich Polen statt, welchen 200 Delegierte fast aus dem ganzen Königreich Polen, aus verschiedenen Bezirken, Kreisen und Gemeinderäten unseres Landes bewohnen sollten, an welchen aber infolge des erschwerten Verkehrs nur 80 (darunter 40 aus Warschau) Vertreter teilnahmen, die jedoch die ganze Vollmacht von den am Erscheinen verhinderten Delegierten und von ihren Wählern hatten; in dieser Versammlung wurden einstimmig Beschlüsse gefaßt, welche in den allgemeinen Umrissen mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen, die ausdrücklich eine russenfeindliche Front und ein Bündnis mit den Mittelmächten fordern. Unter den Delegierten befanden sich Vertreter der Geistlichkeit, einige Duzend mittlere und größere Gutsbesitzer, ein Duzend und mehr Industrielle, einige frühere Abgeordnete, einige Duzend Personen, welche die freien Berufe und die polnische politische Publizistik vertraten, außerdem etwa 40 hervorragende Bauern aus dem Lande.

Der Gedanke des Strebens nach der Selbständigkeit Polens, nach der Unteilbarkeit des Königreichs Polen, nach einem Stützpunkt und Bündnis mit den

mitteleuropäischen Staaten entwickelt sich also günstig und schlägt immer größere Kreise.

Natürlich wird seine Entwicklung in dem Augenblick, wo mögliche Bedingungen zu einer Verbreitung dieses Gedankens erlangt werden, in einem rascheren Tempo vorwärts gehen als bisher.

So viel uns bekannt ist, werden Schritte getan, daß im Lande ein entsprechendes Organ zur Verbreitung des besprochenen Gedankens, sowie auch überhaupt zu einer Verständigung und zum Verhandeln mit den Staaten Mitteleuropas in der oben genannten Richtung sich bilden und wirken könnte.

Wir wollen vorläufig bemerken, daß bei uns, wenn auch nur zum Teil, ein „politischer Mund“ ist, der in den Grundlinien seine Bestrebungen ausdrückt.

J. M.

Aus Nr. 27 des Dziennik Slaski (Königshütte)
vom 4. Februar 1916.

Muttersprache.

Unter dieser Überschrift gibt der „Dziennik Śląski“ Ratschläge eines amerikanischen Pastors über die Achtung der deutschen Muttersprache wieder, die in der „Schlesischen Zeitung“ veröffentlicht worden sind und bemerkt hierzu:

Natürlich müssen diese Ratschläge auch auf die polnische Bevölkerung entsprechende Anwendung finden.

Aus Nr. 15 des Katolik (Beuthen D.-Schl.)
vom 3. Februar 1916.

Aus Anlaß der 50. Geburtstagsfeier des Erzpriesters Kapiża-Tichau schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Was Erzpriester Kapiża in seiner Pfarodie geleistet hat, stellt nur einen Teil seines überaus regen Lebens dar. Seine Tätigkeit war allgemein und richtete sich vor allem an das heimatliche Oberschlesien, das er so sehr liebte. Wer so wie wir die Gefühle des Erzpriesters Kapiża zum polnischen Volke in Oberschlesien kennt und wer gesehen hat, wie alle seine Gedanken sich darauf konzentrierten, dieses Volk moralisch und materiell glücklich zu machen, der wird die dankerfüllte Stimme des Plesser Pfarochianen begreifen. Und Gott hat die guten Absichten des Erzpriesters Kapiża gesegnet. Wie selten jemand, hat er zur Ausrottung der Trunksucht und der damit verbundenen Leidenschaften beigetragen. Zahlreiche, in ganz Schlesien veranstaltete Missionen, hunderte von glänzenden Reden zeitigten dieses Resultat. Ganz Schlesien schuldet ihm dafür aufrichtigen Dank.

Erzpriester Kapiża nahm gleichfalls am politischen Leben teil. Das sind Dinge, die noch gar nicht so alt sind. Um sie in ihrem eigentlichen Lichte zu zeigen, müßte man ausführlicher werden. Heute stellen wir nur kurz fest, daß seine Tätigkeit auf dem Gebiete es verstand, absolute Loyalität gegen den Staat, Treue gegen den Monarchen mit aufrichtiger Treue zum polnischen Volke zu vereinigen. Diesen Weg wandelte er mit Ausdauer, obgleich er dabei nicht wenig zu leiden hatte. In den heutigen Zeiten, in den Zeiten großer innerer und äußerer Umwälzungen, Umwandlungen von Menschen und Verhältnissen sieht er, daß seine theoretisch und praktisch verteidigten Grundsätze sich in dem Kriegsgewitter behauptet haben und Anerkennung finden. Möchten doch seine Ideale in Erfüllung gehen! Ad multos annos!

Aus Nr. 2 des Głos Górnika (Bochum)
vom 25. Januar 1916.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Von einem Arbeiter erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Die polnischen Blätter haben einen Artikel des deutschen Abgeordneten Naumann zum Abdruck gebracht. Ein Abschnitt dieses Artikels interessiert mich sehr. Der Abgeordnete Naumann schreibt, daß er Gelegenheit gehabt, mit einflußreichen Politikern Deutschlands und Österreichs zu sprechen und daß die Bedenken über die Fähigkeiten der Polen, sich selbst zu regieren, weit verbreitet seien. Ich will auf das, was Naumann geschrieben hat, nicht eingehen, denn in die höhere Politik bin ich nicht eingeweiht. Der Artikel veranlaßt mich aber, einiges über unsere Vereinsbewegung in der Fremde zu schreiben. Herr Naumann behauptet zwar nicht, daß uns der Haushaltungssinn abgehe, man macht uns aber überall den Vorwurf, daß wir nicht den Willen und die Energie besäßen, für soziale Zwecke zu sammeln. Wenn man uns nun diesen Vorwurf macht, so müssen wir unbedingt unser ganzes Wirtschaftssystem einer Prüfung unterziehen und etwa bestehende Mängel beseitigen. Ich wohne bereits 26 Jahre in der Fremde und habe gar manches beobachtet. Es fällt mir besonders der bessere Organisationsinn der Deutschen auf. Sollten daher die gegen uns erhobenen Vorwürfe begründet sein, so müßten wir endlich zur Einsicht kommen und alles wieder gut machen. Zwar haben auch wir manches geleistet, was andere für gut, ja für sehr gut befunden haben, aber wenn man uns vorwirft, daß wir für soziale Zwecke nichts tun, daß wir die breiten Massen nicht zu Opfern bewegen können, oder daß diese Spenden nicht richtig verwendet werden, dann ist es unsere Pflicht, die Sache öffentlich zur Sprache zu bringen.

Wir haben in der Fremde etwa 500 Vereine, von denen einige bereits über 40 Jahre bestehen. Die ältesten von ihnen sind die sogenannten kirchlichen Vereine mit ihren Sterbekassen. Die Mitglieder zahlen einen Monatsbeitrag von 50 Pfg. und erhalten dafür im Krankheitsfalle eine Unterstützung von 50 Pfg. täglich für die Dauer von 13 oder sogar 26 Wochen. Mitunter hat ein Mitglied im ganzen 6 M. eingezahlt, dafür aber 30—50 M. abgehoben. Jung und Alt ließen sich Unterstützung zahlen, wenn sie mitunter auch gar nicht bedürftig waren. Sie nahmen aber das Geld an, weil die Sakungen Unterstützungen vorsehen. In den Vereinen wetteiferte man geradezu in bezug auf die Unterstützungen. Gewährte irgend ein Verein kein Krankengeld, dann gründete man einen neuen Verein, der die Unterstützung zahlte. Viele Mitglieder traten mehreren Vereinen bei, um im Krankheitsfall Unterstützung beziehen zu können. Als später die Gesangsvereine gegründet wurden, mußten auch sie mit Unterstützungskassen Mitglieder anziehen, und selbst die Sokolvereine wollten das selbst tun.

Zehn gesunde Mitglieder mußten für ein krankes Mitglied zahlen, und übel war es einem zu Mute, wenn man sah, wie ein blutjunger Mensch für einige Krankheitstage Unterstützung erhielt, die arme Familienväter aufbringen mußten. Der junge Mann nahm das Geld an, das er nicht brauchte, und mitunter verschwendete.

Mit Unterstützungen haben wir agitiert und das Volk in der Fremde an die Unterstützungen so gewöhnt, daß anderen Vereinen die Arbeit sehr schwer fiel; konnten sie doch die Mitglieder nicht davon überzeugen, daß die Vereine andere Aufgaben zu erfüllen haben. Am meisten haben darunter die Frauenvereine zu leiden. Eine Frau, die in der Frauenbewegung tätig ist, sagte mir neulich: „Wissen Sie, wenn ich in Frauenver-

sammlungen spreche und sage, daß nach den Satzungen ein Monatsbeitrag von 5 oder 10 Pfg. gezahlt werden muß, dann fragen mich viele Frauen: „Welche Unterstützung erhalten wir denn im Notfalle? Wird man uns nur Sterbegeld oder auch Krankengeld zahlen?“

Nur Unterstützungen haben verschiedene Personen im Sinn. Wer aber anders denkt, ist nicht in der Lage, hier Wandel zu schaffen. Später wurde der Verband kirchlicher Vereine gegründet, aber auch hier ist die Arbeit schwierig; wollen doch viele von einem Zusammenschluß der Vereine im Verbandsverband und von einer finanziellen Unterstützung dieses Verbandes nichts wissen. Im Gegenteil, viele sind der Ansicht, daß der Verband keine Geldmittel benötige, daß diese Mittel vielmehr als außergewöhnliche Unterstützung ausbezahlt werden müßten.

Man hat auch einen Arbeiterverband gegründet, der doch andere Aufgaben zu erfüllen hat, als Krankengeld zu gewähren. Da aber andere Gewerkschaften satzungsgemäß Krankengeld zahlen, muß man mit ihnen konkurrieren. Wie schwer die Arbeit bei der polnischen Gewerkschaft ist, können ihre Funktionäre beweisen. Tausende unserer alten Landsleute haben es gelernt, für einen Monatsbeitrag von 50 Pf. im Krankheitsfalle täglich 50 Pf. Krankengeld zu nehmen. Gerade diese Leute hemmen den Fortschritt der Gewerkschaft. Sie selbst gehören ihr nicht an, raten andern von ihr ab, indem sie sagen, die Vereine gewährten für niedrigen Monatsbeitrag höhere Unterstützungen. Treten sie aber der Berufsvereinigung bei, dann ist es sehr schwer, sie davon zu überzeugen, daß die Gewerkschaft nicht der Unterstützungen wegen, sondern zu einem wichtigeren Zweck gegründet worden ist. Sie wollen nicht einsehen, daß das Geld für andere Sachen nötig ist und sagen einfach: „Gebt mir, denn ich brauche Geld, gebt mir, weil dies die Satzungen vorschreiben, gebt mir, weil ich so lange schon Beiträge gezahlt und noch nicht viel abgehoben habe.“ Man soll an den Mann zahlen ohne Rücksicht darauf, ob ihm Unterstützung zusteht oder nicht. Er weiß nicht, daß sein Bruder weniger eingezahlt und bereits zehnmal soviel abgehoben hat, er weiß nicht, daß das Geld die Grundlage der Gewerkschaft ist.

Andere Verbände erheben noch einmal so hohe Beiträge wie wir und zahlen nur die Hälfte von dem, was wir gewähren in Krankheits- und Sterbefällen aus. Sie sparen für später, aber bei uns geht das schwer, denn die Vereine zahlen für den monatlichen Beitrag hohe Unterstützungen aus. Man feilscht geradezu bei uns um Unterstützungen, ohne an die anderen Aufgaben und Ziele der Gewerkschaft zu denken. Es muß hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden, denn das ist gerade eine von den vielen Ursachen, daß man eine schlechte Meinung von uns hat. Die kirchlichen Vereine haben einen anderen Zweck, als Unterstützungen zu gewähren, und der Rosenkranz ist keine Sterbekasse. Werden von diesen Vereinen Sterbekassen gegründet, so dient dort eins als Lockmittel. Entweder soll die Unterstützung dem Rosenkranz verhelfen, oder umgekehrt: der Rosenkranz soll ein Mittel zum Zweck, nämlich zur Errichtung der Unterstützungskasse sein. Der Rosenkranz ist nicht dazu da, daß mit seiner Hilfe Unterstützungskassen gegründet werden, ebenso wie die polnischen katholischen Vereine viel erhabener Ziele zu verfolgen haben, als sich mit Unterstützungen zu befassen.

Hoffentlich wird irgend jemand zu dieser Frage das Wort ergreifen, denn es tut not, die Sache öffentlich zu besprechen. Jeder Verein möge nur seine eigenen Aufgaben erfüllen, damit es nicht so kommt wie früher. Hat man doch schon darüber gespottet, daß die polnischen Geschäftsleute neben den Wurstwaren Kurzwaren hängen haben, daß sie außer Fleisch

auch Seringe verkaufen, obwohl nebenan Spezialgeschäfte für diese Artikel vorhanden sind.

Weil ich weiß, daß die polnischen Tagesblätter meine Zuschrift nicht abdrucken werden, die Frage aber brennend ist, bitte ich den Verlag, um Veröffentlichung.

Ein alter Bergmann
von der Gewerkschaft „Pluto“.

Aus Nr. 26 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 2. Februar 1916.

Die Opferwilligkeit der Fremde

verdächtigen in unvorsichtiger Weise einige polnische Blätter. Indem sie nämlich den am Enthaltensamkeitstag zu Gunsten der Obdachlosen aufgebrauchten Betrag angeben, schreiben sie, daß die Fremde den Erwartungen nicht entsprochen und von den insgesamt aufgebrauchten 150 000 M. nur 20 000 M. beigetragen hätte. Das Posenische hätte 120 000 M., Schlesien 2000 M. und Westpreußen ungefähr 10 000 M. aufgebracht. Aus der Stadt Posen allein seien ungefähr 13 000 M. eingegangen.

Vor allem stellen wir fest, daß die Polen in Deutschland links der Elbe — und zwar fast ausschließlich aus Westfalen und Rheinland — am Enthaltensamkeitstage nicht „kaum 20 000 M.“, wie bekannt gegeben wurde, sondern bedeutend mehr, nämlich über 35 000 M. aufgebracht und diese Summe an die zuständige Stelle abgesandt hätten. Auf eine nicht ganz $\frac{1}{4}$ Million Köpfe zählende polnische Bevölkerung in ganz Rheinland und Westfalen ist dies allerdings nicht zu viel. Aber trotzdem verdient die hiesige Fremde nicht den Vorwurf, als ob sie den berechtigten Erwartungen nicht entsprochen hätte. Sie hat nämlich — auf den Kopf der Bevölkerung berechnet — nicht weniger geopfert, als der opferwilligste polnische Landstrich.

Die Opferwilligkeit der Fremde verdient umso mehr Anerkennung, als man sagen kann, daß fast alle, die geopfert haben, das, was sie hingaben, sich und ihren Kindern am Munde absparten.

Wer sind denn diejenigen, die geopfert haben? Die Industriellen vielleicht? Die junge polnische Industrie in Rheinland und Westfalen ist mit wenigen Ausnahmen infolge der Einziehung ihrer Schuldner zu den Waffen und weil sie dank dem bei uns mit großem und unwiederbringlichem Schaden für den sozialen Wohlstand eingeführten unproduktiven Finanzsystem keinen Bankkredit erlangen konnte, zu Grunde gegangen. Geopfert haben mithin vornehmlich die Arbeiter bzw. deren Frauen, die aus der geringen Unterstützung ihr Dasein fristen. Denn auch daran darf man nicht vergessen, daß die arbeitsfähigen Männer alle zu den Waffen einberufen und zu Hause nur die Invaliden, Greise und einige Reklamierten oder zur Arbeit Beurlaubten verblieben sind, die jeden Augenblick gewärtigt sein können, sich bei der Militärbehörde stellen zu müssen. Sie sind mithin gezwungen zu sparen, um ihren Frauen und Kindern etwas zu hinterlassen, zumal bei der heutigen Teuerung die Unterstützung zur Lebensführung kaum ausreicht. Es gibt auch in der Fremde weder Magnaten und Kapitalisten, noch polnische Geistliche mit guten Pfründen, die Hunderttausende opfern könnten.

Auch das Ansehen des polnischen Propstes, jener Faktor, der die Opferwilligkeit fördert, kommt bei uns nicht in Frage, obwohl die hiesige Geistlichkeit die Gelegenheit im allgemeinen wohlwollend und teilweise sogar von Herzen unterstützt hat.

Sodann muß man in Betracht ziehen, daß die polnische Bevölkerung hier sehr zerstreut wohnt und daß inselgesondert manch einer, der die Zeitung in der Fremde nicht liest und die Vereine meidet, nicht er-

fahren hat, wo die Sammelisten ausgelegt waren. Solche Einsamen aber gibt es bei uns — dank dem Borurie i in der Heimat der Fremde gegenüber — Zehntausende.

Wenn man das berücksichtigt, wird man zugeben müssen, daß die Fremde in Rheinland und Westfalen gegenüber den Obdachlosen durch Mangel an Opferwilligkeit nicht gesündigt hat.

Abgesehen von dem Enthaltfamkeitstage hat nämlich die Fremde durch Vermittelung der Zeitungen und Banken noch ungefähr 100 000 M. aufgebracht. Annähernd 50 000 M. haben Einzelpersonen und Vereine direkt nach Posen und sogar nach Krakau gesandt. Größtenteils direkt nach Posen wurden auch im Einvernehmen mit den Zeitungen — zwecks Vereinfachung des Verfahrens — die Einnahmen aus der Veranstaltung von Theatervorstellungen, die fast in jeder größeren Ortschaft stattgefunden haben, gesandt.

Wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, daß von der in Rheinland und Westfalen zu Gunsten der Obdachlosen aufgebrachten Summe auf den Kopf der hiesigen polnischen Bevölkerung — die Kinder mit eingerechnet — nicht weniger als 1 M. entfällt.

Wir geben offen zu, daß dies unsere Erwartungen übertraf und daß wir ernst darüber nachgedacht haben, ob wir, wenn wir noch weitere Opfer fordern, von unserer Bevölkerung nicht zu viel verlangen. Einzig und allein die entsetzlichen Schilderungen des furchtbaren Elends, in dem durch den Krieg verwüsteten polnischen Lande zerstreuen unsere Zweifel.

Aus Nr. 30 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 8. Februar 1916.

In Sachen des Enthaltfamkeitstages

erhalten wir nachstehende Berichtigung:

In Nummer 21 des „Postep“, „Dreďownik“ und „Kurjer Poznański“ sowie in anderen Blättern wird in der Rubrik „In Sachen des Enthaltfamkeitstages am 8. Dezember 1915“ u. a. folgendes ausgeführt:

„Den Erwartungen nicht entsprochen hat die Fremde, wo kaum 20 000 Mark aufgebracht wurden.“

Das entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir haben insgesamt 35 361,74 Mark gesammelt. Diese Summe erhöht sich noch um 2—3000 Mark, die gewisse Personen an verschiedene Zeitungen, nach Leipzig, an die erzbischöfliche Kasse usw. gesandt haben. Es ist dies ein Beweis für den Mangel an Disziplin bei gewissen Personen, die das Hauptwahlkomitee als eine Behörde der Polen in der Fremde nicht anerkennen wollen. Aber darauf werden wir ein andermal zurückkommen.

Die Heimat scheint eine merkwürdige Vorstellung von uns zu haben. Wir finden in der Fremde nicht das Gehör, wie zum Beispiel die Geistlichkeit in der Heimat. Der Betrag von 35 000 Mark ist nicht übermäßig groß, aber das Komitee ist auch damit zufrieden. Man muß nämlich berücksichtigen, unter welchen Verhältnissen wir das Einsammeln der Beträge bewerkstelligten. Die Genehmigung zur Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung von Haus zu Haus ist vom Kriegsministerium zwar eingegangen, aber zu spät, denn erst am 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Es war uns daher nicht mehr möglich, die rheinisch-westfälischen Komitees zu benachrichtigen. Die Landsleute brachten ihr Scherflein selbst nach den Zahlstellen. Diejenigen, die unserem Rufe gefolgt waren, haben ihre Pflicht gegenüber unseren unglücklichen Brüdern lobenswert erfüllt.

Bemerkt muß werden — und das sollte uns die Heimat, ohne uns damit zu rühmen, anrechnen —, daß der Gedanke und die Lösung zur Veranstaltung eines

allgemeinen Enthaltfamkeitstages von uns ausgegangen war, und die Heimat sich uns angeschlossen hat.

Die polnische Presse bitten wir, die vorstehende Berichtigung zum Abdruck zu bringen.

Das Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die benachbarten Provinzen links des Rheins.

Im Namen des Vorstandes:

Stefan Wielgosz, Schriftführer.

Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die benachbarten Provinzen links der Elbe.

Quittung.

Aus den am Enthaltfamkeitstage, den 8. Dezember 1915, eingegangenen Beiträgen sind abgeliefert worden:

an die Bank Przemysławow	
	in Gelsenkirchen 19 111,10 „
„ „ „erbischöfliche Kasse in Posen	Oberhausen 15 395,14 „
	855,50 „

Zusammen 35 361,74 „

Allen, die zur Linderung der Not unserer Brüder beigetragen haben, den Komitees, Vereinen, Kollektoren, Spendern, der Geistlichkeit und unserer Presse, dem „Biarus Polski“ und „Narodowiec“, sprechen wir auf diesem Wege unseren Dank aus.

Der Vorstand:

Jr. Stolpe, Vorsitzender.

S. Wielgosz, Schriftführer.

Aus Nr. 28 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 5. Januar 1916.

Landsleute!

Es kam der Krieg auf die Welt, um die Menschheit durch Blut, über Regionen von Grabhügeln, durch ein Meer von Tränen und Schmerzen zu führen. Millionen von Leuten werden ein Raub der Kugeln, ganze Anwesen, blühende Dörfer und Städte werden in Asche verwandelt. Das blutige Jahr hat das Glück Tausender von Familien vernichtet, zerschmettert, neben den Leiden offenbaret sich das furchtbare Gespenst des Hungers und Elends. — Die ganze Menschheit ist davon betroffen, am meisten aber leidet unser gemartertes Polen, auf dessen fruchtbaren Gefilden der furchtbarste Kampf seit Anbeginn des Krieges tobt. Tausende polnischer Dörfer und Hunderte von Städten sind dem Erdboden gleichgemacht. Unsere Brüder sind ohne Obdach, ohne Brot und Kleidung. Die Kinder sterben vor Hunger und Kälte, ansteckende Krankheiten vernichten den Zehnten des Volkes. Fast alle Fabriken und Arbeitswerkstätten stehen still und nehmen Hunderttausenden von Arbeitern die Möglichkeit des Erwerbs.

Der einzige Gebietsteil Polens, der vom Kriege verschont geblieben, ist der preußische. Wenn wir auch schwere Verluste an Menschen auf dem Kampfplatze erleiden, so sind wir doch um vieles glücklicher als unsere Brüder, die neben dem Verluste teurer Personen auch noch des Daches und Brotes beraubt sind. Im Vergleich zu diesen Elenden herrscht bei uns immer noch Wohlstand. Die Verdienste haben sich in der letzten Zeit verdoppelt, und trotz der Teuerung können noch viele von uns Ersparnisse machen.

Landsleute, wir appellieren an Euch mit der Bitte: verschließet Eure Herzen nicht für unsere unglücklichen Brüder, denn das ist unsere Pflicht, das ist christliche und nationale Pflicht. Bewahren wir sie vor dem Untergange, schützen wir sie vor Hunger und Kälte. Möge jeder bereit sein zu spenden und wäre es auch noch so wenig, denn es handelt sich ja um Blut von unserem Blute, um Fleisch von unserem

Fleische. Zeigen wir Polen in Berlin und in der Fremde, daß wir das nationale Empfinden nicht verloren haben und für die gemeinsame Sache nicht gleichgültig geworden sind. Unsere Volksgesamtheit hat den Beweis der Opferwilligkeit bereits erbracht. In allen unseren Blättern sind ganze Spalten mit für die Obdachlosen bestimmten Summen ausgefüllt. Wir hatten geradezu rührende Beispiele von Vaterlands- und Nächstenliebe, denn Arbeiter und Soldaten vom Kampfplatze haben manchmal ihre ganzen Einnahmen hingegeben. Leider gibt es aber noch Tausende von Egoisten, deren hartes Herz weder das Mißgeschick unserer Brüder noch die vor Hunger vergossenen Tränen zu erreichen vermögen. An diese wenden wir uns in erster Linie mit dem Vertrauen, daß unsere Worte schließlich doch instande sein werden, ihr bürgerliches Empfinden und die Liebe für den Nächsten zu wecken. Es ist besser, ein Opfer spät zu bringen — als gar nicht! Mögen alle diejenigen, die Geldopfer bereits gebracht haben, wissen, daß eine einmalige Gabe nicht ausreicht, denn es ist Pflicht eines jeden von uns, nicht einmal, sondern jeden Monat, ja sogar jede Woche zu geben. — Nicht nur der Zins, sondern ein Teil unseres Vermögens ist erforderlich! Es wird am besten sein, wenn jeder hingibt, was er hingeben kann — und wäre es auch nur eine kleine Summe. Aus diesen kleinen Gaben werden Tausende, mit denen unseren Brüdern Hilfe gebracht werden kann.

Ihr polnischen Mütter und Frauen, die Ihr Euch stets durch tiefe Vaterlands- und Nächstenliebe ausgezeichnet habt, helft uns bei dieser Arbeit, sammelt jeden Groschen, regt Eure Männer und Söhne zu Opfern an, denkt daran, wieviele Kinder und Waisen Euch um Eure Hilfe ansehn. — Polnische Jugend, auch Dich fordern wir zur gemeinsamen nationalen Arbeit auf. Möge Dein junges Leben unter der Fahne der Selbstenfugung den Anfang machen, verzichte auf Annehmlichkeiten und Zerstreuungen. Gib die so ersparten Gelder für die obdachlosen Landsleute hin.

Wir bitten, Beiträge an Herrn Sokolowski, Berlin, Kochstraße 19, zu senden.

Alle polnischen Blätter bitten wir um Aufnahme des obigen Aufrufs.

Das Berliner Komitee für Obdachlose.

Stephan Walenczak, Schriftführer.
Rechtsanwalt Kozjutski, Vorsitzender.
Julian Sokolowski, Kassenvart.
Verband polnischer Arbeitervereine.
Vereinigung.
Sokol-Gau.
Sänger-Gau.
Bezirk der Vereinigung der Frauenbildungsvereine.
Enthaltungsvereine.
Politisches Komitee.

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 33 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 2. Februar 1916.

Anders und besser.

Die Angelegenheit der Organisation unseres öffentlichen Lebens nach dem Kriege beschäftigt mit Recht aufs eifrigste die Aufmerksamkeit der aufgeklärten polnischen Allgemeinheit. Hier sind jedoch so viele Dinge, die von der alleuropäischen Gestaltung der Verhältnisse abhängen, daß unser Gedanke nur mit Mühe konkrete Stützpunkte findet. Was dagegen schon bestimmt, untrüglich, unvermeidlich ist, sind die neuen Anforderungen der Landeshirtschaft, die an uns herantreten werden. Wir meinen, man darf

jogar behaupten, daß von der Art, wie wir diese Anforderungen befriedigen werden, in jeder mutmaßlichen Gestaltung der polnischen Interessen die ganze nationale Zukunft abhängen wird.

Unsere Schlußfolgerungen stützen wir vor allem auf die Beobachtung des technischen Charakters des gegenwärtigen Krieges.

Die Behauptung, daß die Ursachen des Krieges ausschließlich wirtschaftliche waren, ist natürlich übertrieben. Aber in dem Augenblick, als der Krieg ausbrach, trat die Macht der wirtschaftlichen Organisation sofort in den Vordergrund. Die genialen strategischen Ideen, der Geist der Soldaten, die Vorbereitung der Offiziere, sogar die allgemein-nationale Begeisterung, — alles das, was wir stets für die Grundlage eines Waffenerfolges hielten, trat vor der technischen Organisation des Krieges zurück, die im Grunde genommen doch eine wirtschaftliche Organisation ist. Die Angelegenheiten der Ernährung, der Munition und des Geldes nehmen die erste Stelle ein. Sie sind fast entscheidend geworden.

Wir sehen auch, daß ein wirtschaftlich schwächerer Staat, wie z. B. Rußland, selbständig den Aufgaben des Krieges nicht gewachsen zu sein vermag, obgleich es einen fast unerschöpflichen Vorrat an Menschen und unvergleichliche natürliche Reichtümer hat. Wahrscheinlich könnte es auch ohne die englische, französische, amerikanische und japanische Hilfe in Geld und Erzeugnissen nicht lange Krieg führen. Mit anderen Worten, Rußland läßt nicht der Soldat im Stich, sondern die eigene Wirtschaft.

Dagegen verdankt Deutschland seine Erfolge hauptsächlich der Technik und der wirtschaftlichen Organisation. Es erzeugt ungeheure Vorräte technischer Mittel, welche die Wirksamkeit der kriegerischen Operationen vielfach erhöhen; dem Mangel an Rohstoffen hilft es durch technologischen Erfindungsgeist ab; es führt ein neues System der Lebensmittelverteilung ein, um die Absperrung der Zufuhr wettzumachen. Kurz, es stützt sich auf die Wirtschaft.

Diese Überlegenheit sah, wie es sich zeigt, England voraus, wenn es von Anfang an den wirtschaftlichen Mitteln mehr vertraute, als der militärischen Kraft. Daher sein Gedanke und Plan der Blockade Deutschlands, d. i. der sogenannten Aushungerung.

Wir erinnern hier im allgemeinen schon bekannte und vielfach wiederholte Dinge, um den Leser anzuregen, dieses gegenwärtig so machtvoll zum Ausdruck gelangte Problem selbständig und tiefer zu erwägen. Nichts verdient unser eifrigstes, sorgfältigstes Augenmerk mehr. Denn wenn in dem größten zwischenstaatlichen Konflikt, den die Welt bisher gesehen, ein entscheidender Faktor in den Vordergrund tritt, so ist es zweifellos, daß dieser Faktor universeller Natur ist und daß zu seiner Erhöhung ganze Geschlechter gearbeitet haben.

So war es auch in der Tat. Die englische und deutsche Wirtschaft gelangten nicht erst angesichts des Krieges zur Bedeutung, denn sie bildeten sich lange vorher durch eine große und beharrliche Anstrengung aus; die russische Wirtschaft dagegen mußte jetzt versagen, denn sie versagte schon in Friedenszeiten.

Aber was wird nach dem so oder anders beendeten Kriege sein?

Der wirtschaftliche Faktor wird eine neue noch größere Bedeutung gewinnen. Dies wird vor allem deshalb geschehen, weil alle an dem Kriege beteiligten Völker ungeheure Vorräte des nationalen Reichtums einbüßen werden und sie wiedergewinnen werden müssen. Zwei, drei und mehr Jahre werden von ihnen in erheblichem Maße zur Ergänzung von Materialien verwendet werden müssen, die wirtschaftlich zugrunde gegangen sind und noch zugrunde gehen werden. Die wirtschaftlichen Vorräte der Nationen werden sich um Milliardenwerte verringern...

Der Verfasser des Artikels weist im Verlauf seiner weiteren Ausführungen darauf hin, daß man sich im Auslande bereits jetzt, noch während des Krieges eingehend damit befasse, wie das wirtschaftliche Leben nach dem Krieg gestaltet werden müsse, wie die durch den Krieg erlittenen Verluste auf wirtschaftlichem Gebiet wettzumachen wären. Daraus folgert er, daß sich auch die Polen die Förderung des Kultur- und Wirtschaftslebens angelegen sein lassen müßten, daß nach dem Kriege jeder Pole anders und besser werde arbeiten müssen, und schließt seine Abhandlung wie folgt:

Unseres Erachtens sollte sich bei uns schon jetzt eine Körperschaft bilden, die dazu berufen wäre, die wirtschaftliche Lage des Landes nach dem Kriege, unsere Pflichten und wirtschaftlichen Aufgaben zu erwägen. Dort müssen alle Leute gruppiert werden, die Talente und Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiete vertreten und sich auch auf erzieherischem und politischen Gebiete betätigen.

Besondere Aufmerksamkeit sollten dieser Seite der nationalen Sache unsere beruflichen Vereinigungen zuwenden. Es ist gut, daß sie begonnen haben, sich um die Versorgung ihrer Mitglieder, um ihre Rettung vor Hunger und Elend zu kümmern. Aber der ungewöhnliche geschichtliche Augenblick beruft sie auch dazu, über die Zukunft, die doch nahe ist, allseitig und tief nachzudenken. Mögen sich mit lebhafterem Temperament begabte Leute bemühen, dort ein munteres Leben zu erwecken, zu tieferem Atmen zu zwingen, das Gefühl der bevorstehenden Zeiten einzulösen.

B. K.

Aus Nr. 37 der Godzina Polski (Lodz)
vom 5. Februar 1916.

Wer wird uns das Volk zurückgeben? . . .

Eine der wichtigsten und zugleich der empfindlichsten und schmerzlichsten Fragen in dem gegenwärtigen Kriege ist für uns die Frage unserer „Verbannten“, „Ausfiedler“ oder auch „Flüchtlinge“, wie sie die Russen — übrigens ganz mit Unrecht — nennen. Denn es ist fürwahr eine Ironie, einen „Flüchtling“ denjenigen zu nennen, den man mit Gewalt vom väterlichen Boden vertrieben, ihm seine ganze im Schweiß seines und seiner Vorfahren Angesichts erarbeitete Habe vernichtet und ihn unter dem Druck der Kosakenpeitsche bis hinter den Ural nach Sibirien getrieben hat, damit seine Gebeine neben den Überresten derer, die vor einem halben Jahrhundert nach dorthin pilgern mußten, ihre Ruhestätte finden.

Damals waren es Leute, die den intelligenten Kreisen und dem Adel angehörten, heute legt das Volk diesen Weg zurück. Ein gemeinsames Schicksal beider Schichten, die die russische Regierung auseinanderzuhalten und zu verfeinden sich stets bemüht hatte, und die sie heute selbst in dem gemeinsamen Leiden der „Verbannung nach Sibirien“ vereinigt.

In dieser letzten „Verbannung“ liegt etwas so Furchtbares und Ungeheuerliches, daß wir nicht auf-

hören werden, zu wiederholen, daß noch nie und nirgends auf der Welt eine Regierung einem Volke ein solches Unrecht zugefügt hat, wie die russische Regierung uns dadurch, daß sie eine ungefähr 2 Millionen Köpfe zählende Bevölkerung dem Elend und dem Tode preisgab.

Laut und rührend waren einst die Worte der Königin Hedwig, als auf ihre Fürsprache hin einer Schar von Bauern die Schäden ersetzt wurden, die ihnen unberechtigterweise zugefügt worden waren:

Wer wird ihnen die Tränen ersetzen? . . .

Heute verblasen diese Worte und jene Schäden gegenüber dem Unrecht, das an unserem Volke begangen worden ist. Und es gibt keine Entschädigung, die dies Unrecht, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, wiedergutmachen könnte.

Heute wird nicht eine Königin, sondern das ganze Volk, wenn es die Riesenhaftigkeit des uns zugefügten Unrechts begreifen wird, zweifellos ausrufen:

— Wer wird uns das Volk zurückgeben? . . .

Denn von diesen Millionen, die von ihren väterlichen Sitten hinausgeworfen worden sind, wird kaum ein kleiner Teil am Leben bleiben und noch ein kleinerer nach der Heimat wieder zurückkehren. . . . Hinsichtlich dessen dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben! . . .

Wer sich übrigens hinsichtlich dessen noch einer Täuschung hingeben wollte, dem würde die russische Regierung alle Täuschungen nach dieser Richtung hin zu nehmen bemüht sein. Sie bemüht sich schon jetzt darum. Traurige — aber leider — wahre Nachrichten bestätigen uns dies.

Es ist bekannt, daß nach der befohlenen Ausfiedelung unserer Bauern die russische Regierung selbst im ersten Augenblick über ihr vernichtendes Werk erschrak und sich an die Landschafts- und Stadtverbände wandte, um diese Bewegung zu organisieren und zu verhindern, daß „Flüchtlinge“ auf den Wegen vor Hunger zugrunde gingen. Gleichzeitig gestatte die Regierung die Gründung von „nationalen Organisationen“ (Komitees), die eine Fürsorgetätigkeit für die Ausfiedler ausüben sollten. Auf dieser Grundlage besteht auch ein sogenanntes „polnisches Komitee“.

Nicht Mitleid spielte in diesem Falle eine Rolle, sondern die Furcht, daß unter den Hunderttausenden von Menschen eine Epidemie ausbrechen und dadurch die Pest in das Innere Rußlands verschleppt werden könnte.

Es ist bekannt, daß infolge eines Konflikts zwischen den sozialen Organisationen (ländliche und städtische Selbstverwaltung) und der Regierung die von den Behörden an diese Organisationen zur Unterstützung und Ernährung der Ausfiedler gezahlten Beiträge zurückgezogen wurden. Diese Nachricht hallte in der polnischen Volksgesamtheit traurig wider. Es war dies gewissermaßen ein Vernichtungsurteil, das die russische Regierung über die Scharen unserer unglücklichen Wanderer fällte.

Heute erfahren wir nähere Einzelheiten über diese Frage, und zwar aus der in Moskau erscheinenden „Gazeta Polska“. Das ganze Volk sollte sich jetzt mit dieser Frage befassen und dies umso mehr, als nach dem neuen Projekt die russische Regierung anscheinend eine völlige Vernichtung dieser zwangsweise aus der Heimat ausgesiedelten Millionen anstrebt.

Das Prinzip dieses neuen Projektes ist, daß die Fürsorge über die Ausfiedler den sozialen (Landschaften) und nationalen (Komitees) Organisationen genommen und ganz und gar in die Hände der Gouverneure gelegt werden soll. Wir schrieben schon seiner Zeit, daß die „evakuierten“ Gouverneure des Königreichs Polen in Rußland bestimmte Rayons, in welchen sich polnische Flüchtlinge aufhalten, mit dem Auftrage zugewiesen erhalten haben, über diese Flücht-

linge eine Fürsorgetätigkeit auszuüben. Ihre Zuständigkeit ist aber sehr begrenzt, weil die eigentliche Fürsorge über die Ausfiedler nicht die Gouverneure aus dem Königreich Polen und Rußland, sondern wie schon oben erwähnt, die russischen und polnischen Landschaften beziehungsweise die litauischen sozialen Organisationen, wie das Zentralhilfskomitee und der Rat der Wohltätigkeitsvereine ausüben. Namentlich der letzte gefällt den Beamten älteren Typs nicht, und sie machen deshalb Anstrengungen, die Tätigkeit der nationalen und sozialen Organisationen einzuschränken oder sie auch unmöglich zu machen.

Die grundsätzlichen Thesen des neuen Projekts legte Vizeminister Plewe in einer besonders hierzu einberufenen Konferenz vor. Sie stellen sich der „Gazeta Polska“ zufolge folgendermaßen dar:

Die Leitung der ganzen Frage der Sicherstellung der Bedürfnisse der Ausfiedler und die Verwaltung des entsprechenden Fonds steht dem Minister des Innern zu. Die unmittelbare Aufsicht über die Ausfiedler innerhalb der Grenzen des Gouvernements wird den Gouverneuren und den Stadthaltern übertragen. Zum Zwecke der Vereinigung und planmäßigen Leitung aller örtlichen Organisationen sind die Gouverneure und Stadthaltern berechtigt, unter ihrer Leitung und unter Hinzuziehung der Vertreter der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung, die an den betreffenden Orten tätig sind, Beratungen abzuhalten. In den Kreisen müssen solche Beratungen unter dem Vorsitz der Kreisadelsvorsitzenden stattfinden. Die Fonds, die das Ministerium des Innern für die Bedürfnisse der Ausfiedler bewilligt hat, werden den Gouverneuren und den Stadthaltern überwiesen.

Das Projekt stieß — wie die „Gazeta Polska“ schreibt — auf begreiflichen Widerstand. Der Abgeordnete H. Świecicki hob hervor, daß das Projekt des Ministeriums des Innern in grundsätzlicher Weise die Rechte der nationalen Organisationen verletzete. Nach dem Projekt könnten die Organisationen nur insoweit tätig sein, als es den Gouverneuren genehm sei. Bisher hätten die Vertreter der nationalen Organisationen in einer besonderen Beratung ihre Budgets verteidigen, Aufklärungen geben können usw. Gegenwärtig blicke man auf die nationalen Organisationen als auf Anhängsel, die nur geduldet würden.

Der Abgeordnete J. Garusiewicz wies darauf hin, daß das Projekt im Widerspruch mit dem Gesetz betreffend die Organisation eines besonderen Rats in der Ausfiedlerfrage stünde. Dieses Gesetz verleiht auch dem Minister des Innern umfangreiche Vollmachten jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß alle ministeriellen Anordnungen durch diesen Rat zu prüfen seien. Dagegen würde durch das gegenwärtige Projekt die Tätigkeit des besonderen Rats lediglich darauf beschränkt bleiben, Anweisungen auf den Namen der Gouverneure auszustellen.

Das Mitglied des Rats Czernokow hielt das Projekt für absolut unannehmbar, weil nach ihm die sozialen Organisationen aus der Fürsorgetätigkeit für die Ausfiedler vollkommen ausgeschlossen wären.

In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die anderen Mitglieder des Rats.

Wie sich die Fürsorgetätigkeit der Gouverneure für die Ausfiedler gestalten würde, kann man sich leicht denken. Und dennoch versuchten die Vertreter der Regierung und insbesondere der Ergouverneur Szembek (er führt den Titel und bezieht sein Gehalt heute noch) zu beweisen, daß die Gouverneure dazu da seien, um für das Wohl der ihnen anvertrauten Bevölkerung zu sorgen, mithin auch nur durch sie die Fürsorge über die Auswanderer in gehöriger Weise ausgeübt werden könne.

über die Fürsorge der russischen Gouverneure um das Wohl der Bevölkerung hätten wir an dieser Stelle viel zu sagen.

Augenblicklich hat das amtliche Projekt noch nicht die endgültige Bestätigung erhalten. Aber sie wird zweifellos kommen. Das Projekt ist einstweilen einer besonderen Kommission überwiesen worden, in welcher u. a. auch der bekannte Freund der Polen, Senator Neudhardt, Sitz und Stimme hat.

Täuschen wir uns nicht. Das Unglück der Ausfiedler wird sich noch verschlimmern. In dieser traurigen Überzeugung entringt sich unserer Brust unwillkürlich der Ruf:

— Wer wird uns das Volk zurückgeben? Es ist dies ein Schrei des heftigsten Schmerzes und der größten Verzweiflung.

Aus Nr. 31 der Gazeta Łódzka (Łódź)
vom 1. Februar 1916.

Aus der Geschichte unserer Selbstverwaltung.

In Anbetracht der Einführung der vorläufigen Selbstverwaltungsbehörden in unserem Lande durch die deutsche Militärverwaltung wird es nicht uninteressant sein, daran zu erinnern, in welchen Verhältnissen und in welcher erstickenden und bedrückenden Atmosphäre sich unser soziales und wirtschaftliches Leben im russischen Anteil während eines ganzen Jahrhunderts gestalten mußte.

Schon im Jahre 1818, mithin also drei Jahre nach dem Friedenskongreß, wurden im Königreich Polen die Munizipalräte und die Wojwodschaften abgeändert. Einige Zeit später, im Jahre 1830 verschwanden vollkommen alle Anzeichen der bei uns bestehenden Selbstverwaltung.

Im Jahre 1861 wurde die Selbstverwaltung — vielmehr eine Karikatur derselben — bei uns wieder eingeführt, aber infolge des Ausbruchs des Aufstandes und der Einführung des Reiches der „Faust und der Knute“ nach seiner Unterdrückung im ganzen Lande ist nicht einmal diese Karikatur recht zur Durchführung gelangt.

Unser soziales Leben war mithin während eines ganzen Jahrhunderts der Willkür der uns feindlichen bürokratischen Behörden preisgegeben, die den Geist der Allgemeinheit und die kulturellen Strömungen des Landes nicht kannten.

Welches Ergebnis dieses System zeitigte, beweisen am besten Zahlen.

Warschau zählte in den letzten Jahren vor dem Kriege über 46 Prozent Analphabeten, also fast die Hälfte seiner Einwohner. Noch schlimmer war es nach dieser Richtung hin in den großen Industriezentren. So betrug z. B. die Zahl der Analphabeten bei uns in Łódź und im benachbarten Pabianice rd. 60 Prozent.

Im Jahre 1828 zählte Warschau im Verhältnis zu der Kopfzahl der Bevölkerung bedeutend mehr Elementarschulen, als in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges, weil die Zahl dieser Schulen kaum um 2½ Prozent gestiegen war, während dagegen die Bevölkerung sich mehr als um das Fünffache vermehrt hatte.

Während solche Städte wie Petersburg oder Moskau für das Elementarschulwesen durchschnittlich 70 Kopfen auf den Kopf ausgaben, entfielen in Warschau kaum 24 Kopfen auf den Einwohner. Wie trüb diese Zahlen von denjenigen, die für die selben Zwecke in den Staaten des westlichen Europas bezahlt sind, abstechen, genügt darauf hinzuweisen, daß Berlin für Elementarschulen über 5 Rubel jährlich auf den Einwohner, mithin also zwanzigmal soviel wie Warschau, ausgibt.

In einem ebenso „blühendem“ Zustand, den wir der fürsorglichen Obhut der russischen Regierung verdanken, befanden sich auch andere Institute mit sozialem Charakter, wie z. B.: das Krankenhauswesen, die Hygiene, städtischen Unternehmungen usw.

Der Grund hierfür lag einerseits in der beschwerlichen und komplizierten bürokratischen Maschine und in der Unkenntnis der leitenden Kreise in örtlichen Angelegenheiten, andererseits aber auch in ihrer feindlichen Stellungnahme gegenüber dem Königreich Polen, die darin bestand, in allen kulturellen Fragen der polnischen Volksgemeinschaft Hindernisse in den Weg zu legen. So mußten z. B. die Kreisstädte für ihre Projekte stets erst die Genehmigung nachsuchen, und zwar bei einem Projekt bis zu 150 Rubel bei den Kreisbehörden, bis zu 20 000 Rubel bei den Gouvernementsbehörden und darüber hinaus beim Kriegsministerium. Es genügte ein Strich mit dem Rotstift des betreffenden „Würdenträgers“, um das notwendigste Projekt ein für allemal unter den Tisch fallen zu lassen.

Es ist daher kein Wunder, daß bei einem solchen System viele nützliche und unumgängliche Projekte ganze Jahre auf die Bestätigung warten mußten, oder auch aus diesen oder jenen Gründen, oft sogar aus purer Phantasie, ständig aufgeschoben wurden, wie dies z. B. mit dem Projekt der Kanalisation der Stadt Lodz der Fall war.

Wiederholt mußte man, wenn man irgend eine Angelegenheit durchführen wollte, in jedem Institut die einzelnen Staatswürdenträger mit fetten Schmiergeldern bestechen.

Aus den vorstehend gemachten, obwohl sehr allgemein gehaltenen Angaben geht klar hervor, daß die gegenwärtige Einführung der vorläufigen Selbstverwaltung bei uns, trotz ihrer Mängel hier und dort, ein großer Schritt vorwärts ist, weil sie der Volksgemeinschaft die Möglichkeit gibt, über die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu beraten und eine Kontrolle über die Ausgaben auszuüben.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Ideal der Selbstverwaltungsbehörden der Umstand sein sollte, daß ihre Mitglieder auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts gewählt würden, um auf diese Weise den Verzügen und Übergriffen der Minderheit vorzubeugen und die berechtigten Forderungen der Mehrheit, die die Mängel des jene Minderheit begünstigenden Systems am meisten empfindet, sicherzustellen.

Über diese Mängel, beziehungsweise über Fragen, die einer möglichst baldigen Verwirklichung harren, werde ich mich in einem der nächsten Artikel auslassen und mich bemühen, sie unparteiisch darzustellen, aber kritisch zu beleuchten.

Aus Nr. 32 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 1. Februar 1916.

Warschau, den 1. Februar.

Die Bürgerwehr hat heute nacht zu bestehen aufgehört. Ihre Funktionen sind auf die städtische Polizei übergegangen.

Dieser sich im Alltagsleben kaum bemerkbar machende Wechsel hat eine tiefere, grundsätzliche und ideelle Bedeutung.

In der denkwürdigen Augustnacht, in welcher die russischen Behörden Warschau verließen und die Hauptstadt Polens sich seit dem Jahre 1831 zum ersten Male von der russischen Übermacht frei fühlte, zeigte sich auf den Straßen der unruhigen und bewegten Stadt der polnische Milizsoldat — der Vertreter der polnischen Staatsgewalt.

Zum ersten Mal sehen wir seit vielen Jahren eine Behörde, die ausschließlich für das polnische Interesse und in seinem Namen wirkte. Daher wurde

auch der Sicherheitsdienst — im Leben glücklicher und freier Völker eine Kleinigkeit — für uns eine teure und nationale Einrichtung, denn sie war schließlich doch irgend eine polnische Behörde. Sie war die Exekutive der polnischen Regierung, als die wir das Bürgerkomitee freiwillig anerkannten.

Diese ideelle und nationale Bedeutung der Bürgerwehr führte ihr die besten und patriotischsten Elemente zu, die von der sich anbietenden ersten Gelegenheit, eine polnische Behörde zu schaffen, Gebrauch machten. Die Jagd nach Dieben und die Aufsicht darüber, daß die Straßen sauber gehalten werden, allein hätten der Miliz sicherlich die Mehrheit ihrer bisherigen Leiter nicht zugeführt.

Die deutschen Behörden waren bei der Einnahme Warschaus erstaunt über die Zusammensetzung der Bürgerwehr, in deren Reihen sich Personen aus den höchsten bürgerlichen Kreisen befanden. Sie war auch in der Tat im weitesten Sinne des Wortes eine Bürgerwehr, auf die wir mit Recht stolz sein können.

In der gestrigen Nacht hat nun diese Bürgerwehr zu bestehen aufgehört. Es ist ihr der Auftrag erteilt worden, ihr Amt in die Hände der neugebildeten städtischen Polizei zu legen. Die Bürgerwehr hat diesen Auftrag ausgeführt — sie ist gegangen.

Die städtische Polizei, deren Tätigkeit mit dem heutigen Tage beginnt, hat schon eine ganz andere Quelle der Staatsgewalt. Sie ist nicht mehr eine ausschließlich polnische Emanation, sie ist durch Vereinbarung entstanden.

Wir wollen damit — Gott bewahre — der städtischen Polizei durchaus nicht zu nahe treten. Die Vereinbarung, auf Grund welcher diese Polizei entstanden ist, sichert ihr einen vollkommenen polnischen Charakter, und die Leute, die sich an ihre Spitze gestellt haben, bürgen dafür, daß dieser Charakter überall betont werden wird.

Daher sind wir auch der städtischen Polizei gegenüber von den besten Absichten beseelt; auf unser Wohlwollen und unsere Unterstützung kann sie immer rechnen.

Aber keine Berufspolizei vermag in uns diese Gefühle des Wohlwollens und der Anhänglichkeit zu erwecken, die sich in der Augustnacht die Bürgerwehr sogleich erworben hat.

Mit erhobener Stirn und mit dem Gefühl der Zufriedenheit, das die gewissenhafte Erfüllung öffentlicher Pflichten gibt, können die Schöpfer und Leiter der Miliz zu ihrer früheren Arbeit wieder zurückkehren.

B. Strazewicz.

Aus Nr. 26 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 3. Februar 1916.

Der Jahrestag des Januaraufstandes in Warschau.

Unter dieser Überschrift wird dem Petrikauer Regionenblatt in einem Bericht über den Verlauf der Feiern anlässlich des Jahrestages des Januaraufstandes in den Warschauer Kirchen u. a. geschrieben:

In der Synagoge wurde auf Anregung der jüdischen — assimilationistischen — Jugend ebenfalls ein Festgottesdienst abgehalten. Nach Absingung des Liedes „Mit dem Rauch der Feuersbrünste“ wurde eine warme Ansprache gehalten, in welcher die Beteiligung des Rabbiners Majzeles und der Juden in der Zeit vor dem Aufstand und an dem bewaffneten Kampfe selbst hervorgehoben wurde. — Die ganze Warschauer Presse ehrte den Jahrestag durch entsprechende Artikel. Der „Tygodnik Ilustrowany“ (Illustriertes Wochenblatt) und der „Swiat“ (Die Welt) widmeten die ganze Nummer Artikeln und Erinnerungen an den Aufstand. Die Zensur war in Bezug auf diese Artikel scharf. Man gestattete nicht, daß die Taten und die Idee

der Aufständischen aus dem Jahre 1863 allzusehr gelobt wurden. In den Schulen fanden anstatt des Unterrichts Vorträge und abends einige Feiern statt.

(Der Schluß des Artikels ist von der Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 31 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 31. Januar 1916.

Betrifft die Aufführung der j. Zt. verbotenen Theaterstücke in Warschau.

Bei der ersten Vorstellung des „Kordjan“ bemerkte jemand:

— Es ist sonderbar, wie sich das Publikum an die „verbotenen“ Stücke schon gewöhnt hat. Der „Kordjan“ auf der Warschauer Bühne! Wer hätte daran vor 6 Monaten gedacht! Heut erscheint die Tatsache, daß sich auf der Bühne eine Verschwörung gegen die Krone abspielt, daß sich Kaiser Nikolaus und Großfürst Konstantin in einem wirkungsvollen Auftritt begangene Verbrechen gegenseitig vorwerfen, ganz natürlich. . .

Hundert Jahre wurde daran gearbeitet, die polnische Seele mit dem russischen Einfluß zu vergiften. Man bemühte sich, dem ganzen Organismus unseres Lebens das russische Brandmal aufzudrücken. Und welches ist das Ergebnis dieser Bemühungen? Der Wechsel des Kriegsglücks zwang den Eroberer zum Rückzug. Kaum einige Monate, kaum einige Wochen waren verflossen, und die hundertjährigen Bemühungen hat der Teufel geholt. Die polnische Seele ist aus der Erstarrung erwacht. Die äußeren fremden Merkmale sind verschwunden. Hier und da sind gewisse Erinnerungen an Schmerzen und Bedrückungen geblieben. . . — Erinnerungen, die heut schon beinahe der Geschichte anzugehören scheinen.

Eine Nation, welche eine vielhundertjährige Kultur und eine tiefe Lebenskraft hat, läßt sich nicht zu nichts machen. Diese Wahrheit springt in die Augen. Wozu also vergebliche Anstrengungen machen, wozu kostspielige Gispaläste bauen, da doch die Frühlingssonne das Fundament in Wasser verwandelt? Obgleich der Winter bald kürzer, bald länger zu sein pflegt, macht er letzten Endes doch immer dem Frühling Platz.

Aus Nr. 32 des Polak Katolik (Warschau)
vom 2. Februar 1916.

An den heiligen Vater.

Unsere auf der Konferenz vom 13. Januar d. J. versammelten Bischöfe überreichten dem heil. Vater Benedikt XV. folgende Adresse:

Heiliger Vater!

In dem Meere des Mißgeschicks, in welches der gegenwärtige Krieg unser polnisches Land versenkt hat, als die mannhaftesten Herzen vor Bestürzung erzitterten und der verzweifelte Blick fast irrsinnig in die dunkle Zukunft blickte, fargte uns gegenüber die Vorsehung nicht mit Trost und öffnete den lebendigen Quell der Liebe und voller Linderung dort, wohin die Hoffnungen und Wünsche der polnischen Nation in dem Vaterherzen des Statthalters Christi stets flossen. Obgleich die Geschütze donnerten und Millionen von Menschen in der Kriegswut auf Tod und Leben mit einander rangen, entbotest Du, heiliger Vater, gemäß dem Gebote des göttlichen Meisters nach allen Weltrichtungen die Aufforderung zur Besonnenheit und zum Frieden, und gleichzeitig eiltest Du als barmherziger Vater den durch die Greuel des Krieges schwer Heimgeführten zu Hilfe. Und so wandtest Du Deine mitleidigen Augen zu unserem abgeplagten Vaterlande, um seine Tränen zu trocknen, die Hun-

gernden zu sättigen, die Ruinen und Brandstätten wieder aufzubauen, fordertest Du die ganze katholische Welt auf, selbst aber gabst Du, ohne auf Deine eigene Armut zu achten, ein Beispiel opferwilliger Freigebigkeit. Auf der ganzen Erde, wo immer katholische Herzen schlugen, stiegen am 21. November v. J. in Deinem Auftrage, heiliger Vater, flehentliche Gebete zum Thron des Herrn der Heerscharen für Polen empor, und die eingehenden Opfergroschen zeugten von der kindlichen Vereinigung aller Katholiken unter Deiner segnenden Hand. Aber nicht genug damit; um unserer Nation Deine tiefe Liebe zu uns besonders zu erkennen zu geben, geruhtest Du in Deinem Hirtenbrief an die Katholiken der ganzen Welt und in dem Schreiben an die Bischöfe Galiziens Zeugnis abzulegen, wie nahe wir Deinem Vaterherzen standen und stehen. Daher beeilten wir auf einer Konferenz versammelten Bischöfe der Provinz Warschau uns sofort eingangs, in unseren und unseres Volkes Namen Ausdrücke der Huld und der Liebe zu Deinen Füßen zu legen, und zugleich bestimmten wir den 7. Mai zu allgemeinem Gebet in ganz Polen auf Deine Intention, heiliger Vater. Wie in unserer Geschichte unverbrüchliche Anhänglichkeit an den Heiligen Stuhl der Leitstern in Freud und Leid war, so bilden auch gegenwärtig diese unzertrennlichen Bande die unverwundliche Kraft, mit der gewappnet unsere Nation von der Vorsehung durch die Wechsel des irdischen Geschehens einer besseren Zukunft entgegengeführt wird. In diesem Geiste beugen wir uns vor Deinen Füßen, heiliger Vater, und bitten wir Dich um Deinen Segen für uns und für unser Volk.

Warschau, den 13. Januar 1916.

(Folgen die Unterschriften der Bischöfe.)

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 30 des Głos Narodu (Krakau)
vom 31. Januar 1916.

Die Sache, nicht Personen.

Über die Verhandlungen zwischen dem Polnischen Klub und dem Obersten Nationalkomitee, also über die heut aktuellste Frage in der galizischen Politik begeben wir im Lemberger „Wiel Nowy“ einer Reihe von Informationen. Das Interesse, welches sie erwecken, beruht auf einem neuen Ausgangspunkt, den das Lemberger Blatt gewählt hat. Alle mit der Politik des Polnischen Klubs und des D. N. K. verbundenen grundsätzlichen Konflikte sind in seinen Augen eine Verflechtung persönlichen Ehrgeizes, persönlicher Konflikte und Bemühungen. Sehen wir uns die Vorgänge in dieser Beleuchtung an, denn sie ist der Betrachtung wert.

Obmann des Polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees — beginnt der „Wiel Nowy“ seine geschichtliche Auslassung — war zunächst Dr. Leo, welcher „hauptsächlich die laufenden bürokratischen Schriftstücke erledigte, im übrigen aber als Präsident der Stadt Krakau hauptsächlich mit eigenen Sorgen beschäftigt war.“ Zugleich mit der Übernahme des Vorfiges durch den Abgeordneten Dr. W. L. Jaworski zog ein neuer Geist, ein neues Leben in die Organisation des D. N. K. ein, und plötzlich wendete sich das Blatt:

„Da trat der Rücktritt Bilinskis als gemeinsamer Finanzminister ein. Und da die zurücktretende Exzellenz nicht gern müßig geht, bewarb sie sich tatkräftig um den Vorsitz im Polnischen Klub, und die Bemühungen waren von günstigem Erfolg gekrönt. Hier beginnt eine neue Phase von Kriegen und Unannehmlichkeiten für das D. N. K., hervorgerufen einerseits durch den extremen Opportunismus Bilinskis

und durch seine krankhafte Manie, Kompromisse einzuleiten und Formeln aufzustellen, sogar dort, wo es sich um grundsätzliche Unterschiede handelt, die sich nicht schablonenhaft erledigen lassen. Und in der Tat wurde die Zustimmung zur Wahl Bilinskis als Obmann des Klubs durch Unterhandlungen hinter den Kulissen und durch die nicht allzu erbauende in der Programmrede Bilinskis und in dem Dialog mit dem Vorsitzenden des D. N. R. Jaworski enthaltene Formel erkauft, wobei Jaworski ausdrücklich erklären mußte, daß das D. N. R. keine „Nationalregierung“ sei. Dies war sehr wirkungsvoll und theatralisch veranstaltet, aber alle wußten, daß ein neuer Kampf begonnen habe, der Kampf um den Vorsitz im D. N. R., welchen Bilinski ebenfalls in seine Hände bekommen wollte.“

Also nicht um eine grundsätzliche Idee handelte es sich — wie das Lemberger Blatt behauptet, — nicht darum, wer die Volksgesamtheit politisch vertritt, der Polnische Klub oder das D. N. R., sondern darum, wer den „Titel und Charakter“ eines Leiters unserer Politik haben wird. In der weiteren Darstellung sieht dies folgendermaßen aus:

„Erzellenz Bilinski“ hatte in der Wallnerstraße schöne Salons und gewährte „Audienzen“, die man eine oder zwei Wochen zuvor anmelden mußte, aber Vertreter der aktuellen Politik war der Vorsitzende Jaworski, welcher für jeden zugänglich war und zu jeder Zeit in dem bescheidenen Stübchen im vierten Stock der Reutorgasse amtierte. Wer also Erzellenz Bilinski kennt, wird verstehen, daß er diesen Zustand nicht ertragen konnte, daß eine Änderung eintreten mußte und eine Arbeit begann, die wir lieber nicht enthüllen, aber vielleicht flüchtig kennzeichnen werden durch die Tatsache, daß Graf Agenor Goluchowski und alle diejenigen tatkräftig halfen, die sich von der Mitarbeit mit dem Obersten Nationalkomitee aus schlossen.“

Letzten Endes wurde für diesen persönlichen Zweck „ein Konkurrenzinstitut geschaffen“. Dies ist die politische Kommission des Polnischen Klubs. Trotzdem „liefen doch alle politischen Fäden im D. N. R. zusammen, dessen Vorsitzender — unterstreicht der „Wiek“ — immer noch Jaworski, nicht Bilinski war“. Also „wurde versucht, auf einem anderen Wege zum Ziele zu gelangen: Es wurde dem D. N. R. das Recht abgesprochen, sich mit der polnischen Frage vom rechtlich-politischen Standpunkt zu befassen.“ Auf diese Weise fügt das Lemberger Blatt hinzu, „sollte die politische Kommission eine Hintertür zur hohen Politik für Erzellenz Bilinski sein.“

Wiederholen wir noch einmal: Nicht der schöpferische Gedanke, nicht die Idee, bei dem Polnischen Klub die politische Vertretung beizubehalten, wozu er ein Recht besitzt, waren die Triebfeder der ganzen Aktion. Nein. Es handelte sich um die persönliche Frage: Jaworski oder Bilinski?

Noch ein paar Komplimente unter der Adresse dieses letzten, und wir gelangen zusammen mit dem Lemberger Blatte zu den endgültigen Schlußfolgerungen:

„Um so größer ist der Unmut der Nation gegen diesen Staatsmann, welcher seine ungeheuren Fähigkeiten zugrunde richtet und, von einem falschen Ehrgeiz getrieben, sie in kleinlichen persönlichen Konflikten verbraucht. Bilinski hat dadurch der öffentlichen Sache und sich selbst einen ungeheuren Schaden zugefügt. Es geschah leider anders, als es hätte geschehen müssen. Die Vertreter des Polnischen Klubs und des D. N. R. mußten sich bemühen, um nur irgend eine Kompromißformel zu finden, damit Bilinski das Ziel seiner Träume erreichte, das D. N. R. sein Ansehen nicht einbüßte und der Sympathien derjenigen breiten Schichten der polnischen Nation nicht beraubt wurde, auf die es sich stützte und aus denen es seine Lebens-

kräfte schöpft. Unnötigerweise wurde ein Kompromiß dort gesucht, wo ein Konflikt von vornherein überhaupt hätte ausgeschlossen sein müssen; es wurde so lange verhandelt, bis erreicht wurde: ein Kompromiß oder eine Kompromitation — das wird sich eben zeigen. Vorläufig sieht es nach einem Kompromiß aus, das seine Entstehung den oben erwähnten mühevollen Unterhandlungen verdankt.“

So sieht der Gedankengang des Lemberger Blattes aus, über den man aus grundsätzlichen Gründen leider nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Er erinnert nämlich zu deutlich an diejenigen Monographisten der polnischen Literatur, die es fertig bringen, das Leben und die Tätigkeit unserer Dichter auf die Stufe eines Verzeichnisses ihrer Schneiderrechnungen und eines Berichts über die Besuche zu stellen, die sie gemacht haben, als sie ihre Werke schufen. Die polnische Frage war immer und ist besonders heute ein zu ungeheures Problem, um es in ein Format von Intrigen hinter den Kulissen und von persönlichen Bemühungen hineinzuwängen. Diese bestehen in jeder politischen Aktion, aber es wäre mit dem nationalen Gedanken Galiziens traurig bestellt, wenn man den Enthüllungen des „Wiek Nowy“ Glauben schenken, wenn man diese Begleitererscheinungen als Hauptströmung, wenn man mit einem Wort auch nur einen Augenblick annehmen sollte, daß es sich den heute leitenden Persönlichkeiten nicht um den nationalen Gedanken und um die Form seiner Verwirklichung, sondern um privaten Ehrgeiz, nicht um die Idee, sondern um die „Macht“ handelt.

Wir übergehen schon die für jeden augenscheinliche Tatsache, daß eine solche Fragestellung schädlich ist für die erwünschte und im Entstehen begriffene Verständigung des Polnischen Klubs mit dem D. N. R. auf dem Boden der Abgrenzung der Kompetenzen. Der Schade liegt noch tiefer. Die anderen Teilgebiete Polens haben ihren Blick nach Galizien gerichtet, das wissen wir. Das Königreich Polen und das Posenische verfolgen aufmerksam alles, was bei uns vorgeht, und in letzter Zeit haben sie die Tatsache, die der Sieg der nationalen Solidarität über die sozialdemokratische Opposition ist, uns gut geschrieben. Ist es geboten, gegenwärtig solche Eindrücke dadurch zu verwischen, daß man die wichtigsten Probleme auf den feuchten Boden des Kampfes um Ehren oder um die „Macht“ führt? Die Methoden der galizischen Politik haben leider jenseits der Grenzpfähle einen festgelegten Ruf, nicht zum geringsten Teil dank der letzten Epoche unserer Parteikämpfe. Wie würden doch solche Enthüllungen einer Festlegung dieses Rufes günstig sein, wie müßten sie das Vertrauen in unsere leitenden Kreise untergraben und wie unvorteilhaft könnten sie dadurch auf die Koordination unseres politischen Gedankens mit den Anschauungen jenseits der Grenzpfähle einwirken!

Das wäre aber unverdient. Vieles hat sich unter dem Einfluß des Krieges in den Gemütern und Herzen geändert, viele üble Gewohnheiten sind vergessen. Wir verstehen immer besser, daß die nationale polnische Politik nicht ein „Kampf um die Macht“ ist, wie es die oberflächliche Formel will, die auf den Verhältnissen der ein normales Leben lebenden Nationen aufgebaut ist, sondern etwas bedeutend mehr, nämlich ein Kräfteausgebot aller Parteien und Einzelpersonen im Dienste der Idee, im Dienste der uneigennütigen und nur von dem Gedanken an den Vorteil der Nation geleiteten Idee. Dieses Kräfteausgebot kann eine Mitarbeit oder ein Wettbewerb sein, aber es sollte und wird — hoffen wir es — niemals mehr nur ein Intrigenspiel sein, in welchem der Einfluß der Ehrgeiz des Leitens und die Sucht nach persönlichem Einfluß ist.

Dies muß man sagen unter der Adresse derjenigen Polen aus den anderen Teilgebieten, die nach

den Enthüllungen des „Wieś Nowy“ annehmen könnten, daß das politische Leben bei uns in dem früheren engen Bett dahinfließt, und die daraus den Schluß ziehen könnten, daß man auf die sittliche Stufe dessen, was in unserer Politik geschieht, mißtrauisch blicken kann, daß man also unserer Atmosphäre ebenfalls Mißtrauen, Argwohn entgegenbringen kann. Dies wäre ein Unrecht für Galizien, dessen sind wir gewiß. Die letzten anderthalb Jahre brachten uns die Umkehr zur Idealisierung des öffentlichen Lebens in hohem Grade; es genügt auf die erhebende Regung der Begeisterung hinzuweisen, aus welcher die opferwilligen Scharen der Legionen emporsprangen. Der Flug der Allgemeinheit zum Idealismus muß durch die Kraft der Dinge selbst in der Tätigkeit derjenigen zum Ausdruck kommen, welche die Führung haben, selbst wenn sie — was anzunehmen niemand das Recht hat — von diesem Idealismus zu wenig besäßen, selbst wenn die Vergangenheit ihre gedankenlose Entwicklung anders lenken sollte.

Wenn also irgendwo noch ein Bodensatz von „Methoden hinter den Kulissen“ geblieben ist, so wird der Ernst des Augenblicks und die Last der Erfahrungen sich mit ihm auseinandersetzen, sofern sie sich nicht schon auseinandergesetzt haben. Wir sind überzeugt, daß der — „Wieś Nowy“ die gegenwärtigen Angelegenheiten von einem falschen, denn vor dem Kriege bestehenden Standpunkt sieht, daß er an die Tatsachen den Maßstab falscher Kriterien anlegt und Begleiterscheinungen als Haupterscheinungen hinstellt. Im Gegenteil: wir müssen glauben, daß in dieser grundsätzlichen Frage, welche jetzt durch Unterhandlungen zwischen dem Polnischen Klub und dem Obersten Nationalkomitee entschieden wird, ein edler Wettstreit um das öffentliche Wohl sowie um eine Idee — um Sachen, nicht um Personen geführt wird.

Aus Nr. 68 des Czas (Kraukau)
vom 8. Februar 1916.

Der Polnische Klub und das Oberste Nationalkomitee. (Mitteilung des Sekretariats des Polnischen Klubs.)

Wien, den 8. Februar.

Die Unterhandlungen in Sachen der Abgrenzung der Kompetenzen des Polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees, die von dem Obmann des Polnischen Klubs und dem Vorsitzenden des D. N. K. im Sinne der von der politischen Kommission am 22. Dezember 1915 erteilten Ermächtigung geführt worden sind, haben zu einer völligen Verständigung geführt.

Dies geschah in einer am 5. Februar d. Js. abgehaltenen vertraulichen Konferenz, an der teilgenommen haben: Obmann Bilinski, Vorsitzender Jaworski, Agenor Graf Golschowski als Delegierter der Mitglieder des Herrenhauses, die der politischen Kommission angehören, und vom Präsidium des polnischen Klubs die Abgeordneten Abrahamowicz, German und Redzior. Der Abgeordnete Głabinski, welcher der Konferenz nicht beiwohnen konnte, stimmte den bekannten Anträgen voll und ganz zu.

Die im Gefühl gegenseitigen Vertrauens festgelegten grundsätzlichen Gedanken, welche die Regelung des Verhältnisses des Polnischen Klubs zum D. N. K. zum Zweck haben, werden der politischen Kommission seiner Zeit zur Bestätigung vorgelegt werden. In der Zwischenzeit wird der Obmann des Polnischen Klubs mit der konservativen Gruppe, deren Mitglieder im Herbst 1914 aus dem D. N. K. ausgeschieden sind, betreffs ihres Wiedereintritts Unterhandlungen aufnehmen, und sobald diese Frage sowie nicht minder der Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Polnischen Klub erledigt sein wird, werden besondere Sitzungen des Polnischen Klubs und des D. N. K.

zur Beschlußfassung in Sachen der Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs einberufen werden.

Die Kompetenz des D. N. K. umfaßt alle Aktionen im Bereiche der militärischen, finanziellen und politischen Organisation der polnischen Legionen, alle anderen Angelegenheiten der nationalen Politik außer den Angelegenheiten der Legionen werden zum Tätigkeitsbereich des Polnischen Klubs gehören.

Nach Durchführung des Beschlusses des Polnischen Klubs und des D. N. K. betreffend die obige Abgrenzung der Kompetenzen, wird nach Kraukau eine Versammlung nach dem Vorbild der am 16. August 1914 abgehaltenen Versammlung einberufen werden, und dann wird die ganze unter der Leitung einer einmütigen Regelung des gegenseitigen Verhältnisses des Polnischen Klubs und des D. N. K. eingeleitete Aktion beendet werden.

Aus Nr. 33 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 2. Februar 1916.

Risum teneatis, amici.

Der bekannte Politiker und Dumaabgeordnete Lempicki gibt seinen Anschauungen Ausdruck über die letzten russischen Erklärungen in der polnischen Frage.

In der Zeit des entsetzlichen Krieges, wo ganze Völker in ernster Sammlung, schier mit angehaltenem Atem den Lauf der geschichtlichen Ereignisse verfolgen oder in mühevollen Anstrengungen dazu beitragen, ihnen eine Richtung zu geben, — ereignen sich Episoden, voll hoher Komik, die trotz allem Ausbrüche aufrichtigen Lachens hervorrufen müssen. Solche Episoden aus den letzten Tagen sind zwei Nachrichten, die der Telegraph in der Welt verbreitete: die erste ist der in der „Nowoje Wremja“ veröffentlichte Entwurf einer Autonomie für Polen, der in den russischen Regierungskreisen erörtert werden soll; die zweite — ein unlängst in der englischen Zeitschrift „Nation“ gebrachter Artikel, „der augenscheinlichst von russischer Seite inspiriert ist“ und für die Koalitionsstaaten Frankreich und England die Warnung enthält, daß sie kein Recht hätten, sich in die polnische Frage einzumischen, denn „nur Rußland sei an dieser Angelegenheit unmittelbar beteiligt“ und nur von ihm allein könne die Entscheidung abhängen. „Jeder, der in der polnischen Frage das Wort ergreifen will, sollte, folgert der Artikel, diesen Gesichtspunkt als politisches Axiom annehmen.“

Die Komik besteht darin, daß Erklärungen von dem ausschließlich russischen Vorrecht, die polnische Frage zu lösen, in einem Zeitpunkt abgegeben werden, wo der Gegenstand der Frage selbst — die polnischen Lande — der Herrschaft Rußlands entschlüpft sind, Aus dieser Tatsache würde der durchschnittliche Sterbliche, der die gewöhnliche menschliche Logik anwendet, den Schluß ziehen, daß gerade Rußland jetzt weder das Recht noch die Möglichkeit hat, über Polen zu entscheiden. Jedoch geht die eigenartige Logik der russischen Staatsmänner und Publizisten andere Wege: für sie besteht eine unangenehme reale Tatsache nicht, und sie spinnt ihre betrügerischen Sophismen weiter. Und da sich das russische geistige Leben aus der Logik überhaupt nichts macht und in der Ummodelung aller Begriffe, in der subtilen Beweisführung, daß schwarz weiß sei und umgekehrt, zu einer festen Kunstfertigkeit gelangt ist, — so dürfen wir uns nicht wundern, daß in Bälde von russischer Seite nicht mehr den Verbündeten, sondern den siegreichen Gegnern der freundschaftliche und vernünftige warnende Rat erteilt werden wird, daß sie die polnische Frage nicht antasten sollen.

weil doch diese Angelegenheit außerhalb der Grenzen ihrer Kompetenzen liege!

Eine solche Wendung ist durchaus möglich. Erinnern wir uns nur, daß bereits nach der Einnahme fast des ganzen Königreichs Polen durch die Heere der Mittelmächte in Petrograd eine aus einfältigen Leichtgläubigen und bewußt perversen Menschen zusammengesetzte Konferenz einberufen wurde zur Verwirklichung der Versprechungen, die den Polen vor einem Jahre in dem Aufruf des Großfürsten gegeben worden sind. Damals erklärte der Führer der russischen Verfassungsfreunde Milukow, daß die Bearbeitung eines Entwurfs der Autonomie für Polen eine dringende Notwendigkeit sei, damit die polnische Frage nicht Gegenstand zwischenstaatlicher Unterhandlungen werden und Rußland bei seinem angeblichen Recht, über Polen als sein unbestrittenes Eigentum zu verfügen, verbleiben könnte! *Risum teneatis, amici* — kann man nur dazu sagen.

Neben der ganz lächerlichen Seite, hat das russische Vorgehen noch eine andere, für alle, besonders aber für uns Polen belehrende Seite; dieses Vorgehen enthält nämlich die wirklichen Wünsche und die wirklichen Besorgnisse der russischen Politik. „*C'est le ridicule qui tue*“ — sagen die Franzosen; die Lächerlichkeit tötet. Jedoch machen die Russen vor der Wucht der Lächerlichkeit nicht halt; so groß sind: einerseits ihre Sucht, über Polen zu herrschen, andererseits — ihre Angst vor dem Verlust der polnischen Lande; diese Angst beraubt sie geradezu ihrer Besonnenheit und drängt sie auf den Weg des Lächerlichen. Ganz Rußland fühlt, bewußt oder unbewußt, daß mit der Lostrennung Polens und mit der Entstehung eines polnischen Staatswesens als Ergebnis des Krieges die russischen Einflüsse in Europa an ihrem Ende angelangt sind, daß die nur durch Übermacht und Verschlagenheit erlangte und für Rußland so unpassende Rolle einer europäischen Großmacht zu Ende ist. Die russische Zentralregierung sieht die unvermeidlichen Folgen klar; die habgierige und kurzsichtige Bureaucratie zittert um den herrlichen und reichlichen Fraß, den ihr Polen lieferte; schließlich ahnt es das in Rußland herrschende großrussische Geschlecht, daß seinen Eroberungssüchtigen und zerstörenden Instinkten ein Ende bereitet werden wird.

Peter der Große hat am Finnischen Meerbusen für Rußland das Fenster gen Europa ausgehauen; ein breites Tor öffnete Katharina die Große durch die Teilung Polens — ein Tor für weitere Einfälle, das „Einfallstor“, wie sich unlängst im deutschen Reichstage Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ausdrückte. Und nun geht jetzt durch ganz Rußland die Angst, daß das Fenster zugemauert und das Tor für immer geschlossen werden könne, die Angst vor der geschichtlichen Notwendigkeit, die kein blindes Fatum, sondern das Symptom der die Welt regierenden Gerechtigkeit ist. Diese Gerechtigkeit wird trotz der scheinbar schmerzhaften Operation Rußland in Wirklichkeit kein Unrecht zufügen; sie kuriert es nur von der für es selbst verderblichen und für die Nachbarn gefährlichen Krankheit, die Expansion „à tout prix“ heißt und die ihm die natürliche und geschichtliche Rolle eines „Großen Moskowitischen Zarenreichs“ bestimmt, welches die Aufgabe friedlicher und kultureller Arbeit bei sich, in den ungeheuren Gebieten des östlichen Europa und Asiens, vor sich hat.

Auf die russischen Gelüste, auf die Anmaßung des Rechts der Entscheidung über unser Schicksal, auf die Heuchelei der russischen Aufrufe, Erklärungen und Versprechungen haben wir Polen die einzige und bestimmte Antwort: Durch eine Reihe von Jahrhunderten habt ihr zu unserem Verderben konspiriert; nach Vernichtung des polnischen Staats, eines Werks menschlicher Hände, trachtet ihr mit der Wut und Blindheit von Barbaren an

die Vernichtung der Nation heran, die schon ein Werk Gottes ist; dieser Gottesraub, den ihr kaltblütig beginget, rächt sich jetzt an euch selbst, denn er ist die Quelle eurer eigenen Demoralisation und der Schwäche eures Staats geworden und hat euch in der Folge in den gegenwärtigen Zustand des Unglücks und der Ohnmacht versetzt. Eure Versprechungen, „die polnischen Lande zu vereinigen“, waren und sind nur die maschierte und in euch wühlende Sucht, ganz Polen zu erobern und es ungeteilt, ungehindert zu drangsaliieren; eure einzig auf Gewalt und Hinterlist gestützte Herrschaft ist heut für immer zerstoßen; ihr hattet niemals ein wirkliches Recht, heut habt ihr keine wirkliche Möglichkeit mehr, über unser Schicksal zu entscheiden. Der unabwendbare Lauf der Ereignisse hat euch jetzt der Stimme in der polnischen Frage beraubt.

M. Lempicki.

Aus Nr. 33 des Dziennik Polski (Gzenstochau)
vom 3. Februar 1916.

Die polnische Frage in Rußland.

Die „*Nowoje Wremia*“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 23. v. Mts. eine von den drei polnischen Reichsratsmitgliedern: Mejschutowicz, Skirmunt und Lopacinski ausgearbeitete Denkschrift über die Lage der Polen in Rußland. Die Denkschrift, die den Mitgliedern des Reichsrats und den Dumaabgeordneten zugegangen ist, bespricht die religiöse Bedrückung der Polen in Rußland. Ihr Erscheinen steht im Zusammenhang mit der von der Regierung auf die Tagesordnung gesetzten Frage der Revision der Vorschriften, die die Lage der Polen in Rußland betreffen.

In der Denkschrift wird vor allem darauf hingewiesen, daß nach den russischen Vorschriften ein Katholik nur durch Vermittelung des Ministeriums des Außern mit dem Papst in Verbindung treten dürfe, während in religiösen Fragen die Unterordnung dem Papst gegenüber einer der Grundsätze des katholischen Glaubens sei. Eine zu weite Auslegung dieser Vorschrift führt konsequenterweise zu dem Verbot, sich mit der römischen Kurie auch in solchen Fragen, wie z. B. die Erlangung der Losprechung gewisser Sünden, die nur die päpstliche Behörde erteilt, unmittelbar in Verbindung zu setzen. Die Beseitigung des unmittelbaren Verkehrs mit der päpstlichen Behörde in diesen Fragen ist durchaus unangebracht.

Ferner hebt die Denkschrift hervor, daß nach den Bestimmungen des russischen Rechts alle päpstlichen Dekrete in Rußland und Finnland erst dann zur Ausführung gelangen könnten, wenn sie die Sanction des Kaisers erhielten und der Minister des Außern bescheinige, daß in ihnen nichts enthalten sei, was mit den staatlichen Vorschriften im Widerspruch stände. Es ist auch schwer zu begreifen, warum päpstliche Dekrete, wie z. B. der Antimodernisten-eid, als schädlich angesehen werden. Es ist Tatsache, daß eine mit kaiserlicher Erlaubnis verkündete päpstliche Enzyklika vom Minister des Innern für Rußland verboten worden ist.

Alle diese Enzykliken und Dekrete sind an die Katholiken der ganzen Welt gerichtet und ihre Nichtverkündung in Rußland versetzt diejenigen Katholiken, die russische Untertanen sind, in eine sehr unangenehme Lage. Besonders schwer gestalte sich die Lage der Geistlichkeit, die gezwungen ist, entweder die Anordnungen des Papstes zu ignorieren, oder alle Konsequenzen zu tragen, die sich aus der Nichtbefolgung der Vorschriften des Ministeriums des Innern ergeben. Die Angelegenheit der Strafen, mit welchen die katholischen Geistlichen belegt werden, besprechend, betonen die polnischen Abgeordneten, daß das Gesetz die Möglichkeit

vorsehe, Vertreter der Geistlichkeit durch das Ministerium des Innern ihres Amtes zu entheben:

Die Praxis hat bewiesen, wie weit durch die Verwaltung der Begriff einer für den Staatsorganismus schädlichen Tätigkeit kommentiert wird. Die Geistlichen gehen ihres Amtes verlustig für das Lesen der Messe in einer Hauskapelle oder für die sogenannte geheime Erteilung des Religionsunterrichts. Es sind sogar Fälle vorgekommen, wo die vor den Gerichten zur Verantwortung gezogenen und freigesprochenen polnischen Geistlichen auf dem Verwaltungswege für dasselbe Vergehen bestraft wurden.

Eine ernste und schädliche Bedeutung im Leben der katholischen Kirche in Rußland hat die Nichtbesetzung der Bischofsstühle, die stellenweise sehr lange auf sich warten läßt. Von zwölf Bischöfen sind gegenwärtig nur acht und von zwanzig Weihbischöfen nur zwei im Kaiserreich vorhanden. Die römisch-katholischen Parochien aber sind sehr groß und dicht bevölkert. Die Wiedererrichtung der in den sechziger Jahren kassierten Parochien und die Schaffung besonderer sibirischer Parochien ist eine dringende Notwendigkeit. Schließlich weisen die polnischen Abgeordneten auf die Einschränkungen hin, welche die Gründung katholischer Klöster erschweren, und bemängeln die Erschwernisse bei der Gründung allgemeiner katholischer Vereine.

Aus dem Zensurstück der Nr. 29 des
Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Februar 1916.

Zurückziehen des Verbots des Vortrags der polnischen Hymnen.

Die Petersburger Blätter berichten, der Gouverneur von Dnec habe sich an das Ministerium des Innern mit der Anfrage gewendet, ob der Vortrag der polnischen Nationalhymnen zulässig sei. Diese Anfrage hat angesichts der prinzipiellen Bedeutung der Frage im Ministerium eine lebhafteste Korrespondenz hervorgerufen.

Das Ministerium führt in seiner Meinungsäußerung aus, daß unter der Bezeichnung „polnische Nationalhymnen“ gewöhnlich drei verstanden würden: „Noch ist Polen nicht verloren“, „Gott, der du Polen“ und „Mit dem Rauch der Feuersbrünste“.

Diese Hymnen — so heißt es in der Denkschrift des Ministeriums — sind im Laufe von Jahrzehnten mit der polnischen Seele und mit ihren Stimmungen verwachsen, die infolge der geschichtlichen russisch-polnischen Verhältnisse stets feindlich „gegenüber Rußland“ und im Resultat der Ausdruck des heißen Wunsches der Polen waren, die politische Unabhängigkeit zu erreichen. Angesichts dessen waren die Hymnen verboten und die Übertretung dieses Verbots wurde auf gerichtlichem und administrativem Wege bestraft. Im November v. Js. wurde auf Anordnung des früheren Ministers Maklakow die Herausgabe dieser drei Hymnen angesichts dessen nicht gestattet, daß die Zurückziehung des so lange bindenden Verbots eine mittelbare Bestätigung der Ansicht gewesen wäre, daß die Kommentare richtig seien, in denen die Presse den Aufruf des Oberkommandierenden als ein Versprechen, Polen die Autonomie zu verleihen, auslegte. Ein derartiges Kommentieren wurde damals regierungsseitig für verkehrt gehalten. Der Präsident des Ministerrats trug im August 1914 dem Hauptamte für Presseangelegenheiten auf, die Redakteure der Zeitungen auf das Falsche der erwähnten Beleuchtung der Bedeutung des Aufrufs des Oberkommandierenden in der Presse aufmerksam zu machen, was auch geschah. — Das Ministerium des Innern bemerkt, man müsse gegenwärtig Änderungen von wesentlichster Tragweite hinsichtlich

der Geschichte Polens in den russisch-polnischen Verhältnissen in Betracht ziehen.

Der Präsident des Ministerrats habe in der Vollziehung der Reichsduma am 19. Juli 1915 den Allerhöchsten Willen des Zaren, dem Königreich Polen Autonomie zu gewähren, bekannt gegeben. Sodann befände sich dieses Land in den Händen der mit Rußland kriegführenden Deutschen. Unter diesen Verhältnissen sei einerseits der Grund beseitigt worden, der die Grundlage des Verbots des Vortrags der Hymnen bildete, andererseits könne der öffentliche Vortrag jener Hymnen nicht die aufreizende Bedeutung haben, deren Befürchtung im November vorigen Jahres den Grund zum Verbot des konzertmäßigen Vortrags der Hymnen in Rischinem bildete.

In Erwägung alles dessen sieht das Ministerium des Innern keinen Grund, den öffentlichen Vortrag der erwähnten polnischen Hymnen zu verbieten.

(Von der Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 27 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 5. Februar 1916.

„Neu-Litauen“.

Soeben ist das erste Heft der neuen litauischen Zeitschrift „Naujoji Litwa“ — Neu-Litauen — erschienen. Die Zeitschrift ist ein Organ der litauischen Fortschrittler, das von dem Abgeordneten Januszkiwicz in Petrograd herausgegeben wird. In dem Leitartikel weist die Redaktion auf die schwierigen Verhältnisse der Arbeit zum Wohle des Landes hin und fordert die Litauer zur Einigkeit und Opferwilligkeit auf. „Für die Befreiung und Wiedergeburt Neu-Litauens sei eine ununterbrochene und gut organisierte Tätigkeit erforderlich.“ In demselben Heft wird in dem Artikel mit der Überschrift: „Eine vergessene Sache“ ausgeführt, daß der Krieg die Frage der Selbständigkeit der kleinen Völker auf die Tagesordnung gesetzt habe. Die Litauer dürften nicht vergessen, daß der Wille ihres Volkes seinen Ausdruck in dem Beschluß des liberalen Landtags im Jahre 1905 in Wilna gefunden habe. Die damals zum Ausdruck gebrachten Wünsche seien nicht verwirklicht worden. Die litauischen Fortschrittler sollten dieses nicht vergessen. „Solange Litauen nicht das Recht garantiert würde, sich selbst zu regieren, würden die Litauer nie die Gewißheit besitzen, ob ihre Arbeit für das Wohl des Vaterlandes Früchte tragen würde.“ Diese Worte enthalten gleichzeitig das ganze künftige Programm der neuen Zeitschrift.

Aus Nr. 33 der Godzina Polski (Lodz)
vom 1. Februar 1916.

Polnische Zeitungen in Rußland.

Wie die „Nowoje Wremia“ berichtet, erscheinen in Rußland gegenwärtig nachstehende polnische Blätter:

In Petersburg: „Dziennik Piotrogradzki“ und die drei Wochenblätter: „Głos Polski“, „Sprawa Polska“ und „Sztandar“.

In Moskau: „Gazeta Polska“ und das Wochenblatt „Echo Polskie“.

In Kiew: „Dziennik Kijowski“, die populäre Wochenschrift „Lud Boży“ und das Zweibochenblatt „Kłosy Ukrainskie“.

In Minsk: „Nowy Kurjer Witebski“.

In Odessa: „Tygodnik Odeskii“.

Aus Nr. 55 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 4. Februar 1916.

Nach einmal Herr Dmowski in London.

Aus der Schweiz traf gegenwärtig die Nachricht ein, daß Herr Dmowski mit dem Grafen Konstantin Plater und mit Baron Taube in London gewest habe. Dies fiel gerade in die Zeit, als die „Times“ in der polnischen Frage einen Artikel brachten, der die russischen Greuelthaten in Ostgalizien ziemlich unparteiisch beleuchtete. Die „Delegation“ mit Herrn Dmowski an der Spitze suchte auf die Redaktion der „Times“ einzuwirken, daß sie diese Ausführungen „berichtigen“ solle. Die Redaktion lehnte dies jedoch mit der Erklärung ab, daß sie die Informationen aus bester Quelle habe.

Die Herren Dmowski, Plater und Taube erwirkten für sich eine Konferenz mit englischen Staatsmännern, aber das Ergebnis war negativ. Die englischen Politiker erklärten nach dieser Unterredung, sie legten den Bemühungen des Herrn Dmowski usw., die sie weder für ernste Statisten, noch für Vertreter Polens hielten, kein Gewicht bei.

Aus Nr. 35 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 4. Februar 1916.

Die französischen Sympathien.

Sie waren einst heiß, und im Jahre 1848 erreichten sie sogar den Siedepunkt, als nämlich die Revolutionäre, die das Pariser Rathaus für einige Stunden erobert hatten, dort die Unabhängigkeit Polens ausriefen. Im Laufe der Zeit kühlten sich diese Sympathien ab und verwitterten; nach der Kommune, welche die Namen der Generale Wroblewski und Dombrowski rühmte, schloßen sie merklich ein, und nach dem Flirt der Panzerschiffe in Toulon und Kronstadt, der die „Marseillaise“ zum volkstümlichsten Liedchen in Rußland gemacht hatte, begannen sie in die Eiszeit überzugehen. Leroy Beaulieu schrieb pathetisch von der unerbittlichen Notwendigkeit, die das edle Frankreich gezwungen habe, über den Leichnam Polens hinwegzuschreiten. Clemenceau, der damals nicht am Ruder war, drückte doch in der „La Justice“ Proteste gegen das der Natur Frankreichs widerstrebende Bündnis mit Rußland, das Bündnis „der lustigen Marianne mit dem weißen Bären“. Renan erinnerte in seiner schönen Rede anlässlich der Überführung der Gebeine Mickiewicz vom Friedhof Montmartre an den polnischen Namen. Sorel, Lemaitre erschienen bisweilen im Saale der Geographischen Gesellschaft, um bei den polnischen Feiern den Vorsitz zu führen. Aber das jüngere Geschlecht wußte von Polen immer weniger — fast nichts.

Die Pariser Presse — in ihrer Mehrheit nur auf ihr eigenes materielles Interesse bedacht — machte sich um die russische Botschaft mit einem Eifer verdient, der fürwahr einer besseren Sache wert gewesen wäre. Kein Polen, keine Polen gab es irgendwo in der Welt — bis zu dem Grade, daß, wenn irgendein polnischer Landsmann durch Erstickten oder Ertrinken den Tod fand, er in der Spalte der Unfälle in einen Ungarn, Rumänen oder Serben umgemodelt wurde. Die Korrektoren des „Figaro“, des „Journal“, des „Gaulois“ wußten, daß das Wort „polonais“ — une coquille sei, ein Druckfehler, der einen französischen Text flüstert (?). Und wenn irgendein Schriftsteller der neuen Generation etwas Polnisches berührte, tat er dies als neugeborener Weltbürger. Ein solcher war Henry Bimard, dem wir unlängst einen Nachruf widmeten. So ist Anne Bobet, die in der Sammlung „Celebres villes d'arts“ eine Monographie Krakaus geschrieben hat, trocken, wie Sägespäne, und gleichgültig, wie die Abenddämmerung.

Aber hier ist die Evolution der „französischen Sympathien“ nicht zu Ende.

Es scheint, daß wir durch unsere bloße Existenz verschiedenen französischen Politikern einfach — im Wege stehen. Gegen uns schrieb Recouly, gegen uns sprach Frédéric Masson, kein geringer, denn keiner von der französischen Akademie. Senator Veranger trat gegen uns im Senat auf. Bis schließlich, — weiter kann man nicht mehr gehen — irgend ein Skribent im „L'Intransigent“ einen heftigen Artikel schrieb, in welchem er die französischen Katholiken aufforderte, am „Tage der Bischöfe“ zur Vinderung des polnischen Glends keinen Groschen zu geben.

Wir wissen, daß in der Politik das Gefühl eine geringe Rolle spielt. Frankreich, vor den Wagen des Bündnisses mit Rußland gespannt, ist gegen den armen polnischen Verwandten, dessen bloßer Name den nördlichen Riesen reizte, gleichgültig geworden.

Wie wechselt jedoch das Schicksal! Welche Überraschungen bereitet die Geschichte! So geht gegenwärtig das Gerücht, daß auf dem Pariser Pflaster polnische Politiker aufgetaucht seien, die sich der schwierigen Aufgabe unterzogen haben, die französische öffentliche Meinung zu unseren Gunsten umzustimmen, die einflussreichen politischen Männer der Republik für die polnische Sache zu gewinnen. Eine die Kräfte übersteigende Aufgabe, werdet ihr sagen?

Nein, denn diese Politiker wußten, daß sie allein nicht viel ausrichten werden. Sie erinnerten sich des unlängst geschehenen Abenteuers jenes Polen, der, sich der früheren Artikel über Polen in der „La Justice“ erinnernd, sich zu einem Besuch des Herrn Clemenceau aufmachte und auch den Einfluß des „L'homme enchainé“ gewinnen wollte. Er verriet dem Gastgeber vertraulich, daß er am nächsten Tage eine Audienz bei Delcassé, dem Minister des Äußern, angemeldet habe.

— Wozu sollen Sie zu Delcassé gehen! — sagt Clemenceau. — Gehen Sie lieber in die rue Grénelles zu Iswolski. Er wird Ihnen heut ganz das selbe sagen, was Sie morgen von Delcassé hören würden.

Sich nach Paris aufmachend, versahen sich diese polnischen Politiker vorsichtshalber mit Empfehlungsbriefen in Rußland hochgestellter Personen. . . .

Ad Wierzy.

Aus Nr. 29 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 6. Februar 1916.

Spende des polnischen Sokolverbandes in Amerika.

Berlin (Wat).

Berlin (Wat.) Petersburger Blätter berichten, daß der Sokolverein in der Hauptstadt Rußlands vom Verband der Sokolvereine in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 45 000 Rubel (90 000 Mark) für die polnischen Kinder überwiesen erhalten hat und dies infolge des Aufrufs der Reichsratsmitglieder des Geslaus Karpinski in Sachen der Hilfeleistung für die polnische Jugend.

Aus Nr. 29 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 6. Februar 1916.

Die Friedensresolution der Sozialisten im amerikanischen Kongreß.

Der sozialistische Abgeordnete Meyer aus New York hat im amerikanischen Kongreß eine Friedensresolution eingebracht und sie später im Senat dem Senator Lane unterbreitet.

Die Resolution fordert u. a., daß sich die gesetzgebenden Körperschaften des größten neutralen Staates

für die sofortige Einberufung einer Friedenskonferenz der neutralen Staaten erklären und den Präsidenten der Vereinigten Staaten auffordern sollen, einen Kongreß einzuberufen, der den kriegführenden Mächten seine Vermittelung anbietet und der ständig bis zum Schluß des Krieges tagen würde.

Zum Zwecke der Sicherung eines dauernden Friedens sollen dem Kongreß als Grundlage seiner Beratungen folgende Grundsätze dienen:

Zurückziehen der Truppen aus den besetzten Gebieten, Befreiung der unterdrückten Völker, nationale Abstimmung in Elsaß-Lothringen, Finnland und Polen, ob die Bevölkerung in Zukunft einem anderen Staate angehören, oder ob sie die Unabhängigkeit ihrer Länder haben will, Aufhebung der politischen und bürgerlichen Einschränkung der Rechte der Juden überall dort, wo diese Einschränkung noch besteht; Freiheit der Meere, langsame Abrüstung und Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts. Wer sich seinem Urtheil nicht unterwirft, soll mit Boykott im Handel bestraft werden.